335.5
B458h
1914

The person charging this material is responsible for its return to the library from which it was withdrawn on or before the **Latest Date** stamped below.

Theft, mutilation, and underlining of books are reasons for disciplinary action and may result in dismissal from the University.

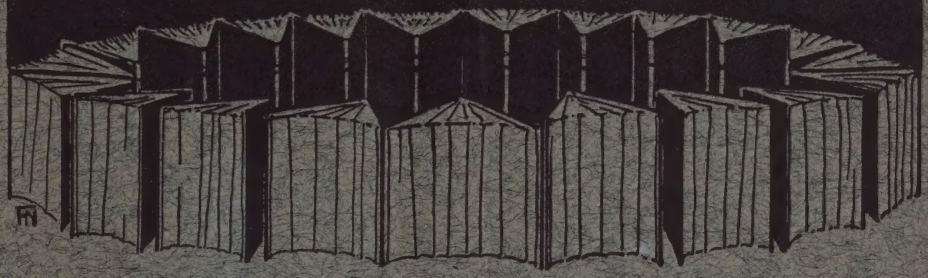
To renew call Telephone Center, 333-8400

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY AT URBANA-CHAMPAIGN

FEB 19 1985

L161—O-1096

SÜDDEUTSCHE VOLKSBÜCHER



Heft Nr. 6 Preis 40 Pfg.

Ed. Bernstein:

Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis

München bei G. Birk & Co. m. b. H.

Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis

Eine Antwort auf eine Artikelserie der Kölnischen Zeitung: „Die heutige Sozialdemokratie“ von Ed. Bernstein

München bei G. Birk & Co. m. b. H., Altheimereck 19

335,5
B458h
1914

Vorwort zur ersten Auflage.

Die vorliegende Broschüre besteht in ihrem Hauptteil aus sechs Aufsätzen, die ich auf Einladung der Redaktion der „Rheinischen Zeitung", in Beantwortung einer in der „Kölnischen Zeitung" vom 20. Juli bis 14. August dieses Jahres erschienene Artikelserie „Die heutige Sozialdemokratie" verfaßt habe. Der Ort, wo diese Artikel veröffentlicht waren — an leitender Stelle einer der angesehensten deutschen Zeitungen — und die aus ihnen herausblickende Absicht, auf Grund tieferen Eindringens in die sozialdemokratische Gedankenwelt sich ernsthaft und sachlich mit der Sozialdemokratie auseinanderzusetzen, schien eine, wenigstens die Hauptfragen heraushebende ebenso sachliche Antwort zu rechtfertigen, wenn nicht zu erheischen. Allerdings verbot der beschränkte Raum eines Arbeiterblattes, auf alle in der „Kölnischen Zeitung" erörterten Fragen einzugehen, manches interessante Problem der sozialistischen Theorie und des sozialen Lebens mußte unerörtert bleiben. Worauf es mir ankam, war, in möglichst gemeinverständlicher Darstellung einem weiteren Leserkreis auseinanderzusetzen, welche Bedeutung den Zugeständnissen und den Einwänden zukommt, die in der „Kölnischen Zeitung" in bezug auf Theorie und Praxis der Sozialdemokratie zum Ausdruck gebracht worden waren, und in Verbindung damit die Tragweite einiger in der Sozialdemokratie selbst noch unerledigter Streitfragen zu erörtern.

Diese Absicht und die Tatsache, daß die Artikel der „Kölnischen Zeitung" seit Veröffentlichung meiner Antwortartikel mit nicht unwesentlichen Ergänzungen in Buchform herausgekommen sind, mögen es rechtfertigen, wenn ich nunmehr auch die letzteren als Buch oder Broschüre herausgebe. Sie haben durch Hinzufügung meiner Kritik der Buchausgabe der Artikel der „Köllnerin",*) sowie durch mir an verschiedenen Stellen nötig erscheinende Zusätze eine Erweiterung erfahren, während ich einige für den Zeitungsleser unumgängliche Wiederholungen und sonst durch die erste Form der Veröffentlichung bedingte Ueberleitungen hier unterdrücken zu dürfen glaubte. Auch stilistisch schien mir manche Aenderung am Platze. An dem polemischen Grundzug der Aufsätze aber war natürlich nichts zu ändern.

Schöneberg-Berlin, den 28. Oktober 1905.

Ed. Bernstein.

---

*) Diese trägt den Titel: „Die heutige Sozialdemokratie". Eine kritische Wertung ihrer wissenschaftlichen Grundlagen und eine soziologische Untersuchung ihrer praktischen Parteigestaltung. Von Dr. Robert Brunhuber, Redakteur der Kölnischen Zeitung, Dozent der Handels-Hochschule in Köln. Jena 1906, Verlag von Gustav Fischer.

Vorwort zur dritten Auflage.

Für die dritte Auflage dieser Schrift sind von mir einige Kürzungen vorgenommen worden. Ganz fortgelassen ist der den ersten Ausgaben angefügte Nachtrag. Dr. Robert Brunhuber, dessen Buchausgabe der in der Schrift behandelten Artikel dort kritisiert wurde, weilt nicht mehr unter den Lebenden; er ist vor einigen Jahren auf einer Forschungsreise in Innerasien von Eingeborenen ermordet worden. Angesichts dieses Umstandes schien es mir wenig gerechtfertigt, eine Polemik noch fortleben zu lassen, die sich nicht mehr um die bedeutungsvollen grundsätzlichen Fragen drehte, welche der Verstorbene in der „Kölnischen Zeitung" aufgeworfen hatte, sondern vorwiegend in der Abwehr von Angriffen auf die Sozialdemokratie bestand, die mehr in das Gebiet des gewöhnlichen Zeitungskrieges hinüberschlugen, und daher notgedrungen in für den Angreifer unerbauliche Urteile auslief. Das Buch Dr. Brunhubers hatte die Höhe verlassen, auf welcher sich seine in der „Kölnischen Zeitung" veröffentlichten Artikel bewegten, die Kritik, die diese Tatsache festzustellen hatte, darf mit dem Tode seines Verfassers als erledigt betrachtet werden.

Des weiteren habe ich einige Betrachtungen gestrichen, die keinen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Gegenstande des Buches haben und den Fluß der Erörterung dieses Gegenstandes selbst ohne zwingenden Grund aufhielten.

Der sonstige Inhalt der Schrift ist dagegen ungekürzt geblieben. Und er hat Veränderungen nur insoweit erfahren, als der Stil an einigen Stellen etwas gefeilt wurde und die statistischen Angaben durch die Zahlen der neuesten Erhebungen zeitgemäß ergänzt wurden.

Berlin-Schöneberg, Ende April 1914.

Ed. Bernstein.

1. Die Fragestellung.

Vorerst einige Bemerkungen über die Fragestellung, denn ohne Verständigung über die Natur der Fragen, auf die es im letzten Grunde ankommt, ist jede Debatte der Gefahr ausgesetzt, in ein unfruchtbares Gezänk auszulaufen.

Was ist die Kernfrage der sozialdemokratischen Bewegung unserer Tage? Die Sozialdemokratie ist eine Kampfbewegung, die zum Ziel hat die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und deren Ersatz durch eine Gesellschaftsordnung, die von den beiden charakteristischen Merkmalen der kapitalistischen Wirtschaft frei ist: frei von ökonomischer und politischer Herrschaft des Menschen über den Menschen, frei von der Beherrschung des Menschen durch Wirtschaftsbeziehungen, die, wie die Marktkonjunkturen, selbst nur Geschöpfe menschlicher Einrichtungen sind. Dies die umfassendste Formulierung der sozialistischen Ziele, hinsichtlich deren unter Sozialdemokraten keine Meinungsverschiedenheit herrscht, noch denkbar ist. Im Kampf für die Verwirklichung dieser Ziele appelliert die Sozialdemokratie in erster Linie nicht an das Gemüt, sondern an den Verstand; an das Interesse derjenigen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen leiden, in erster Reihe also die besitzlosen Lohnarbeiter, und an die Einsicht derjenigen, die die Unhaltbarkeit der bekämpften Gesellschaftsordnung begreifen. Wohl sprechen für den Sozialismus auch ethische Momente. Aber sie stehen beim modernen Sozialismus in zweiter Linie. Er leitet die Berechtigung der ihm eigentümlichen Forderungen nicht aus einem abstrakten Gerechtigkeitsideal ab, sondern er begründet ihre Gerechtigkeit auf ihre geschichtliche, in den besonderen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Gegenwart wurzelnde Berechtigung. Um es konkret zu veranschaulichen: der Sozialismus sagt nicht, der Kapitalismus muß fallen, weil es ungerecht ist, daß der eine kapitalistischer Unternehmer und der andere Lohnarbeiter ist —, sondern er sagt: der Kapitalismus ist heute ungerecht und muß fallen, weil die Scheidung der Menschen in Kapitalisten und Lohnarbeiter in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen unserer Zeit immer weniger Berechtigung findet. Nur wenn oder soweit er das letztere beweisen kann, ist er nach seiner eigenen theoretischen Grundidee wissenschaftlich begründet. Hier ist also der Prüfstein der Richtigkeit seiner Lehre.

Es liegt für den Theoretiker auf der Hand, soll aber, um falschen Auslegungen vorzubeugen, hier von vornherein ausdrücklich hervorgehoben werden, daß der Kampf der modernen Lohnarbeiterschaft um politische Rechte und wirtschaftlich-soziale Besserstellung durch die so gestellte Frage an sich noch nicht berührt wird. Dieser Kampf ist geschichtliche Tatsache und findet als solche sein Recht in sich selbst. Als Ausdruck oder Trägerin dieses Kampfes würde die Sozialdemokratie daher auch dann noch Berechtigung haben, wenn jener obige Beweis nicht geliefert werden könnte. Es wäre eben dann nur das spezifisch sozialistische Endziel der Bewegung, um diesen Ausdruck hier zu gebrauchen, in Frage gestellt. Auf dieses spitzt sich denn auch in der Tat die Kritik der „Kölnischen Zeitung" zu. Nur daß sie nicht nach berühmten Mustern an Phantasiebildern der Zukunft die Unmöglichkeit des sozialistischen Zukunftsstaates zu beweisen sucht. Ein solches Verfahren wäre ebenso unwissenschaftlich, wie es die Versuche waren, auf Grund von Phantasiebildern die Durchführbarkeit des Zukunftsstaates nachzuweisen. In beiden Fällen können wohl Probleme aufgedeckt werden — und in dieser Hinsicht waren selbst die Eugen Richterschen Zukunftsbilder nicht ganz wertlos —, aber die wissenschaftliche Begründung wie Kritik des Sozialismus hat nicht die Frage der Gestaltung des Zukunftsstaates, sondern die Frage der Entwicklung zum Zukunftsstaat, nicht dessen Schönheit, sondern seine geschichtliche Notwendigkeit oder Wahrscheinlichkeit zu untersuchen.

In diesem tieferen Sinne nimmt die „Kölnische Zeitung" die Frage auf. Sehen wir zu, wie sie sie beantwortet.

---

2. Die materialistische Geschichtsauffassung.

Die von bürgerlicher Seite am Sozialismus geübte Kritik macht eine eigentümliche Entwicklung durch. Ursprünglich verlegten sich die literarischen Wortführer des Bürgertums darauf, so ziemlich alles zu bestreiten, was von Sozialisten zur Begründung der sozialistischen Theorien und Forderungen ins Feld geführt wurde. Allmählich fanden sich jedoch Leute, die intelligent genug waren einzusehen, daß es in dieser Weise nun doch nicht ging. Zumal die Angehörigen der Gelehrtenwelt fühlten das Bedürfnis, sich mit dem Sozialismus in ernsthafterer Weise auseinanderzusetzen. Es begann die Aera des Kathedersozialismus, dessen erste Vertreter, die Lange, die Schäffle, die Schönberg, dem Sozialismus sogar sehr weit entgegenkamen.

Das Sozialistengesetz schuf eine neue Situation, die zunächst den vom Sozialkonservativen Rudolf Meyer propagierten Rodbertus-Kultus

sich entwickeln sah, dann Schäffles „Aussichtslosigkeit des Sozialismus" hervorbrachte und schließlich in Julius Wolfs „Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung" gipfelte, die schärfste Marxkritik, die bis dahin geliefert war. Das Wolfsche Buch stellte so ziemlich alles in Zweifel, was Marx in bezug auf die ökonomische Entwicklung vorausgesagt hatte. Um dieselbe Zeit, wo es erschien, wurde von anderer Seite her — Paul Barth usw. — die Marxsche Geschichtsphilosophie angegriffen und gewann die österreichisch-englische Schule der Grenznutzentheoretiker, welche die Marxsche Werttheorie verwarf, immer mehr Anhänger. In steigendem Maße kam die Marx-Widerlegung in Mode und sie wuchs sich zum Sport aus, als auch aus den Reihen der Sozialdemokratie selbst heraus verschiedene Folgerungen des Marxismus bestritten wurden. Ihren Gipfelpunkt fand diese Strömung 1899 in Paul Weisengrüns Pamphlet „Das nahe Ende des Marxismus", eine Schrift, die freilich nichts weiter bewies, als daß ihr Verfasser damals noch ein recht grüner Weiser war.

Seitdem hat, zum Teil gerade infolge von solchen Uebertreibungen, eine Reaktion eingesetzt, die man als die Periode der Marx-Rettungen bezeichnen könnte. Philosophen, Soziologen, Nationalökonomen von Fach erhoben sich und erklärten, der eine in diesem, der andere in jenem Punkte Marx doch für im Rechte. Um es im Börsenjargon auszudrücken: der Kurs der Marx-Aktien kam wieder ins Steigen.

Auch die Artikel der „Kölnischen Zeitung" stehen unter dem Zeichen dieser Gegenströmung. Ihr Verfasser sucht gewissermaßen die Bilanz der Marx-Debatten all dieser Jahre zu ziehen und kommt da zu einem Resultat, das für einen sehr entschiedenen Gegner der Sozialdemokratie — denn als solchen werden wir ihn kennen lernen — ein der sozialistischen Theorie auffallend günstiger Aktivbefund genannt werden muß.

Schon im Einleitungsartikel hebt er die Dienste der Theoretiker des Sozialismus um die Wissenschaft hervor. Es genüge nicht, führt er aus, die Sozialdemokratie, wie es Bismarck tat, als die Kraft anzuerkennen, die durch die Furcht, die sie einflöße, das Werk der Sozialreform positiv gefördert habe. Von solchen „unbeabsichtigten (!) praktischen Verdiensten" gar nicht zu reden, seien „auch ihre g e w o l l t e n Verdienste höher anzuschlagen, als es meist geschieht, auch wenn sie rein theoretischer Art sind". Die Werke von Marx, Engels und deren Jüngern seien „objektive Bereicherungen unserer wirtschaftlichen Literatur und unseres wissenschaftlichen Denkens". Es gehe nicht an, den zahlreichen, geistig bedeutenden Anhängern der Sozialdemokratie zu unterstellen, daß sie wider besseres Wissen handelten, es sei vielmehr „notwendig, ihre wissenschaftliche Ueberzeugung wissenschaftlich zu werten". Und zwar solle man dabei des schönen Wortes von Lorenz Stein eingedenk sein: „Der Ernst und die Tiefe, mit der die Lehrer des Sozialismus nach ihrem

Ziele gestrebt haben, würden auch mit größeren Irrtümern in dieser so viel irrenden Welt den Denkenden versöhnen."

Worin bestehen nun die gewollten Verdienste der wissenschaftlichen Theoretiker? Zunächst erklärt der Artikelschreiber der „Kölnischen Zeitung" die materialistische Geschichtsauffassung für in der Hauptsache richtig. Marx habe durch ihre Ausarbeitung, dadurch, daß er, statt sich an das rein äußerliche Handeln der Menschen zu halten, die Triebe und Wurzeln ihrer Taten bloßlegte, bis heute den bedeutsamsten Beitrag zu einer Philosophie der Geschichte geliefert. Wohl gehe diese Theorie in bezug auf die Bestimmung geschichtlicher Vorgänge durch die Oekonomie zu weit, trotzdem aber liege gerade in der rücksichtslosen Fassung, die Marx den für sie klassischen Stellen gegeben habe, ihr vornehmstes Verdienst, nämlich „die scharfe Betonung gegenüber dem bisherigen wissenschaftlichen Standpunkt". Marx' Verdienst bleibe es, „den materiellen Produktivkräften innerhalb der Reihe geschichtsbestimmender Faktoren ihren lange verkannten gebührenden Rang an erster Stelle angewiesen zu haben". Die Versuche von Leuten wie Stammler, Tugan-Baranowski und anderen, die Einseitigkeiten der Marxschen Formulierung der materialistischen Geschichtstheorie dadurch zu beseitigen, daß dem Begriff der materiellen Produktivkräfte eine weitere, geistige und Willenstriebe einschließende Deutung gegeben wurde, erklärt der Artikelschreiber für verfehlt, dadurch werde jede Scheidung von der früheren ideologischen Geschichtsauffassung verwischt, und dem Schreiber dieses wiederum wirft er vor, in bezug auf die Marxsche Geschichtsmethode die Schwäche des Systems zu ihrem alleinigen Inhalt gemacht zu haben. Diese Vorwürfe zeigen, welchen Wert er auf die Marxsche Geschichtsmethode legt. Es geschieht in erster Reihe aus diesem Grunde, daß wir ihrer hier erwähnen, sodann scheinen uns die berührten Fragen wichtig genug, ihnen einige kritische Bemerkungen zu widmen.

Ueber die materialistische Geschichtsauffassung ist im Laufe der Zeit so viel geschrieben worden, daß jede neuere kritische Beschäftigung mit ihr den Verdacht erweckt, als solle schon Gesagtes bloß in neuer Gestalt oder Mischung präsentiert werden. Das trifft aber für die bezüglichen Ausführungen in Tugan-Baranowskis herangezogener Schrift „Theoretische Grundlagen des Marxismus" durchaus nicht zu. Der russische Gelehrte wendet dort insbesondere seinen Scharfsinn darauf, für die wichtigsten Grundbegriffe, um die es sich bei der materialistischen Geschichtsauffassung handelt, wie „Wirtschaft", „materielle Produktivkräfte" usw., scharfe Bestimmungsgrenzen zu ziehen, eine höchst verdienstliche Arbeit, denn die meisten bisherigen Diskussionen über diese Theorie haben nicht zum wenigsten gerade deshalb zu keiner Einigung oder auch nur Verständigung führen können, weil die bezeichneten Grundbegriffe dabei von den Diskutierenden in ganz verschiedener Deutungsweise gebraucht wur-

den. Wie sollen aber zum Beispiel zwei Leute über den bestimmenden Einfluß der Wirtschaft in der Geschichte einig werden, wenn jeder von ihnen unter Wirtschaft etwas anderes versteht? Je schärfere Denker sie im übrigen sind, um so notwendiger müssen sie zu unversöhnlichen Gegensätzen gelangen. Je unzweideutiger aber der Sinn der Grundbegriffe feststeht, um so größere Fruchtbarkeit verspricht jede Debatte, eine um so unmißverständlichere Formel kann der Theorie selbst gegeben werden.

Daher die Notwendigkeit solcher Begriffsscheidungen, wie wir sie bei Tugan-Baranowski finden. Unser Verfasser gibt das in einem Atemzug zu und versündigt sich im nächsten in einer Weise dagegen, die einen fast zu Hilferufen veranlassen könnte. Tugan-Baranowski unterscheidet streng zwischen Wirtschaft als dem Inbegriff solcher, auf die sachliche (besser: dingliche) Außenwelt gerichteten Tätigkeit, deren Zweck es ist, die sachlichen Bedingungen für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu schaffen, einerseits, und der Natur dieser Bedürfnisse, wie überhaupt den Motiven und Antrieben wirtschaftlichen Handelns anderseits, welche letzteren sehr unwirtschaftlicher oder wirtschaftsfremder, ideologischer oder grobanimalischer Natur sein können und zu einem großen Teil stets sind. Gegen diese so berechtigte und notwendige Begriffsabgrenzung, auf Grund deren erst eine dem wirklichen Sachverhalt entsprechende Wertung der Rolle der Wirtschaftsfaktoren in der Geschichte möglich wird, weiß unser Verfasser nichts Triftigeres vorzubringen, als den Satz: „Auch diese Theorie scheint uns unhaltbar, da eine Reihe von psychologischen Trieben vorhanden sind, die keine wirtschaftliche Tätigkeit auslösen, und selbst einem so starken Triebe wie dem Geschlechtstriebe durchaus nicht immer eine wirtschaftliche Tätigkeit zu entsprechen braucht." (Buchausgabe, Seite 37.)

Ja, müssen wir fragen, wo hat denn Tugan-Baranowski derartigen Unsinn behauptet, wie er hier unterstellt wird, mit welchem Schimmer von Logik läßt er sich aus seiner Theorie ableiten? Daß wirtschaftsfremde Triebe und Motive wirtschaftliches Handeln verursachen können und oft tatsächlich verursachen, oder, um unseren Verfasser selbst zu zitieren, daß „auch die idealistischen Triebe wirtschaftliche Tätigkeit hervorrufen", heißt doch noch nicht, daß sie nur wirtschaftliche Tätigkeit hervorrufen? Indem der Verfasser dieses „nur" in die Deduktion Tugan-Baranowski hineininterpretiert, verkehrt er sie fast in ihr Gegenteil. Daß, wenn ein verliebter Jüngling seiner Angebeteten zuliebe den Pegasus besteigt, er damit noch keine wirtschaftliche Tätigkeit vollzieht, so viel Erkenntnis kann man wohl jedem leidlich Urteilsfähigen zutrauen.

Interpretiert der Verfasser hier willkürlich ein „nur" in ein Theorem hinein, wo es den Sinn dieses Theorems völlig zerstört, so gibt er einem anderen Satz dadurch eine falsche Deutung, daß er einige zu ihm gehörende einschränkende Nebensätze gänzlich ignoriert.

UNIVERSITY OF
ILLINOIS LIBRARY,
URBANA-CHAMPAIGN

Es ist dies der Satz aus der Abhandlung der Schreibers dieses „Die Voraussetzungen des Sozialismus": „Die Uebertragung des Materialismus in die Geschichtserklärung heißt daher von vornherein die Behauptung der Notwendigkeit aller geschichtlichen Vorgänge und Entwicklungen." (S. 5.) Dieser Satz ist insofern anfechtbar, als die Lehre von der Notwendigkeit alles Geschehens keine Besonderheit des Materialismus ist. Auch nicht materialistische und sogar sehr antimaterialistische Weltauffassungen fußen gleichfalls auf ihr. Ich habe diesen Einwand, der mir von verschiedenen Seiten gemacht wurde, seinerzeit ohne weiteres als berechtigt anerkannt. Daß er nur die ungenügende Formulierung meines Gedankens, nicht diesen selbst trifft, geht schon aus der in den „Voraussetzungen" ihm vorhergehenden Bemerkung hervor, der Materialist sei „ein Kalvinist ohne Gott".

Auch der Kalvinist ist strenger Anhänger der Lehre von der absoluten Notwendigkeit alles Geschehens, nur leitet er sie spiritualistisch von Gott ab und nicht materialistisch von den Bewegungsgesetzen der Materie. Ebenso sind die Anhänger der Hegelschen absoluten Philosophie, bei der die Logik die Rolle des vorherbestimmenden Gottes spielt, strenge Geschichtsdeterministen, und andere mehr. Bezeichnend für den Materialismus ist eben nur die Ableitung der Notwendigkeit des Geschehens in Natur und Geschichte von der Mechanik der Materie, bzw. die Zurückführung alles Denkens, Entschließens und Handelns auf materielle Vorgänge im Hirn des Menschen, die zuletzt durch die Bewegungsgesetze der Materie bestimmt seien. In diesem Sinne ist der oben zitierte Satz zu verstehen, daß den Materialismus in die Geschichtserklärung hineintragen die Notwendigkeit aller geschichtlichen Vorgänge und Entwicklungen behaupten hieße; er ist durch den Zusatz „materielle" zu Notwendigkeit zu ergänzen. So formuliert ist er jedoch unbestreitbar, wenn anders der Begriff Materialismus nicht jeden genauen Sinn verlieren soll.

Was aber der zitierte Satz nicht sagt, ist, daß die materialistische Geschichtsauffassung durch Hineintragung des Materialismus in die Geschichte diese tatsächlich zu einem Produkt des mechanischen Waltens *rein materieller* Beziehungen gemacht habe. Ihm folgt vielmehr in den „Voraussetzungen" der Nachweis, daß Marx-Engels in Wirklichkeit den ideologischen Faktoren einen starken Einfluß auf die Geschichte zuerkannt haben, keine streng materialistischen Geschichtsdeterministen gewesen sind. Der Satz des Verfassers der Kölnischen Zeitungsartikel „Die Einseitigkeit der marxistischen Lehre" in dieser Formel gipfeln zu lassen, ist aber nichts anderes als die Schwäche eines Systems zu ihrem alleinigen Inhalte machen (Buchausgabe Seite 39), trifft also vollständig daneben. Er unterstellt das genaue Gegenteil von dem, was tatsächlich in den „Voraussetzungen" ausgeführt ist. Worum es sich dort handelte, war der Nachweis, daß die materialistische Geschichtsauffassung nicht streng materialistisch im philosophischen

Sinne dieses Wortes, sondern im wesentlichen ökonomische Geschichtsauffassung ist.

Indem wir dies richtigstellen, wollen wir jedoch dem Verfasser das Zugeständnis nicht versagen, daß er gerade aus Anlaß dieser Stelle einige sehr zutreffende Anmerkungen über Formen und Kräfte der geschichtlichen Entwicklung macht. So sagt er sehr schön: „Soziale Veränderungen werden erst zu geschichtlichen Vorgängen dadurch, daß die Menschen sie in Interessengegensätzen und Klassenkämpfen ausfechten. Die Bildung einer organisierten Proletarierklasse und ihre Führung zum Sieg, das sind die bewußten Aufgaben einer sozialistischen Partei, selbst wenn sie den objektiven Verlauf der sozialen Entwicklung nach dieser Richtung anerkannt hat." (Buchausgabe Seite 39.) — Diese Sätze an leitender Stelle der „Kölnischen Zeitung" zu finden könnte uns mit noch ganz anderen Verstößen als die gekennzeichneten versöhnen, wenn der Verfasser sie — wie wir leider sehen werden — nicht gar so schnell wieder vergäße.

---

3. Die Konzentrationstheorie und die Verelendungstheorie.

Der Artikelschreiber der „Kölnerin" erklärt im weiteren, die Marxsche Lehre von der Konzentration der Betriebe sei insoweit richtig, als Industrie und Handel dabei in Betracht kommen. Für die Landwirtschaft dagegen sei sie gründlich falsch, und auch darin sei sie nicht richtig, daß nach ihr die Konzentration der Großbetriebe die Kleinbetriebe vernichte. Aber letzteres sei nur äußerlich falsch, denn wenn die Kleinbetriebe auch fortbeständen, so sei doch unter dem Einfluß der Entwicklung der Großindustrie ihr Charakter, ihre innere Natur eine andere geworden, aus kleinkapitalistischen seien sie größtenteils zu proletarischen Betrieben geworden: Ableger von Großunternehmungen, Heimwerkstätten usw.

Hervorgehoben muß in bezug auf diesen Punkt — die Konzentrationstheorie — auch werden, daß der Verfasser es für durchaus unrichtig erklärt, wenn man, wie das Sombart getan, nun deduziere, weil die Marxsche Lehre in einem Punkt — die Konzentration in der Landwirtschaft — falsch sei, sei sie es auch in anderen, die zusammen mit ihr ein organisches Ganzes bilden. Es müsse vielmehr untersucht werden, wo die stärksten Wurzeln der Kraft des Wirtschaftsorganismus liegen, und wenn das geschehe, werde sich zeigen, daß „die Konzentrationslehre ihre tatsächliche Verwirklichung in der heutigen Volkswirtschaft in demselben Maße nach Zeit und Umfang findet, wie Deutschlands Volkswirtschaft eine durchaus industrielle Gesamtstruktur annimmt, in der die Landwirtschaft nur aus

Gründen politischer Art, die rein volkswirtschaftlich gedacht schädlich sind, in einer ihrem wirtschaftlichen Werte nicht mehr entsprechenden Stellung künstlich erhalten wird". (Buchausgabe S. 60.)

„Aus Gründen politischer Art, die, rein volkswirtschaftlich gedacht, schädlich sind" — diese Erklärung mit Bezug auf die heute in Deutschland betriebene künstliche Erhaltung der Landwirtschaft in einer „ihrem wirtschaftlichen Werte nicht mehr entsprechenden Stellung" in der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung" zu lesen, ist sehr erbaulich und wert, im Gedächtnis aufbewahrt zu werden.

Schließlich — und das wird von seiten eines bürgerlichen Kritikers der Sozialdemokratie am meisten überraschen — erkennt der Verfasser der Artikel der „Kölnischen Zeitung" auch der „marxistisch-sozialdemokratischen Verelendungstheorie" einen berechtigten Kern zu. Allerdings sei die Formel, die sie im Erfurter Programm erhalten, falsch, aber, wie dies namentlich Lassalle hervorgehoben habe, liege auch dann Verelendung vor, wenn zwar eine offensichtliche Steigerung des Wohlstandes der unteren Schichten nicht zu verkennen sei, die vermögenden Schichten aber in einer noch schnelleren Vermögenssteigerung begriffen seien. Auch werde sich bei genauer Prüfung der erfolgten formalen Verbesserungen in den Verhältnissen der Arbeiter möglicherweise herausstellen, daß manche davon tatsächlich keine Verbesserungen seien. Erhalte zum Beispiel der Arbeiter einen Lohn von 150 bei einem Ausgabenmuß von 130, wo er früher 100 bei einem solchen von 70 erhielt, dann habe sich seine Lage verschlechtert, denn statt 30 habe er dann nur 20 für Luxusbedürfnisse übrig, „deren volkswirtschaftlicher Wert von größter Bedeutung ist". Aehnlich stehe es mit der Verkürzung der Arbeitszeit, wenn die Arbeit dabei intensiver werde. Und schließlich kämen in unserer Zeit auch noch absolute Verschlechterungen hinzu, wie die Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit.

Soweit die Zugeständnisse des Verfassers an die sozialistische bzw. marxistische Lehre und Agitation. Sie sind, wie man zugeben wird, nicht unbedeutend. Wir wollen uns deshalb auch nicht an gewissen Ungenauigkeiten in der Ausdrucksweise stoßen, die er dabei begeht, sondern uns vielmehr den Punkten der sozialdemokratischen Lehre zuwenden, die er bestreitet.

---

4. Die Akkumulationstheorie.

Im Gegensatz zur Lehre von der Konzentration der Betriebe bestreitet die „Kölnische Zeitung" sehr entschieden die Richtigkeit der Marxschen Theorie von der Ansammlung — „Akkumulation" — des Kapitals in den Händen einer verhältnismäßig immer kleiner werdenden Zahl von Kapitalmagnaten.

Lange Zeit hat in sozialistischen Kreisen die Ansicht vorgeherrscht, daß die Akkumulation der Kapitale und die Konzentration der Betriebe gleichmäßig vor sich gingen, sozusagen nur zwei parallel laufende Linien ein und derselben Entwicklung darstellten, und noch heute gibt es Sozialisten, die diese Auffassung in der Hauptsache für richtig halten. Sie verweisen da insbesondere auf die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen der amerikanischen vielfachen Dollarmillionäre, der Rockefeller, Vanderbilt, Morgan, denen es unsere Kohlen- und Eisenmagnaten à la Thyssen, Stinnes und Grillo immer mehr nachtun. Da könne man die zentralisierende Tendenz der Kapitalsakkumulation sozusagen mit Händen greifen.

Die Tatsache dieser Bildung von Riesenkapitalvermögen wird denn auch niemand bestreiten wollen oder können, der bei der Diskussion über die Erscheinungen des modernen Wirtschaftslebens als zurechnungsfähig betrachtet werden will. Auch die „Kölnische Zeitung" erkennt sie rückhaltlos an. „Es ist unumwunden zuzugestehen", schreibt sie, „daß bisher diese Formationen — das Aktienwesen, die Kommanditgesellschaften und all die anderen Formen der Bildung von Gesellschaften für den Betrieb großer Geschäftsunternehmungen — in ganz überwiegendem Maße dazu benutzt worden sind, den Kapitalisten als beliebte Form für ihre Vermögensanlage zu dienen, indem diese nunmehr ihren gesamten Besitz nicht mehr auf eine einzige Karte zu setzen brauchen. Es ist weiter zu berücksichtigen, daß gerade die besten und einträglichsten Aktienunternehmungen sich in den Händen ganz weniger Großkapitalisten befinden." Das Wertvolle der Form der Aktien- usw. Gesellschaften liege nun darin, daß sie die Möglichkeit darböte, die Vermögensverteilung günstiger zu gestalten, daß sie „die Spaltung schon vorhandener Kapitale erlaubt, die Aneignung von Kapitalien durch einzelne Magnaten überflüssig macht." Nach der Analyse der kapitalistischen Wirtschaft, wie Marx und das Erfurter Programm sie geben, sei solche Möglichkeit aber nirgends vorhanden.

Soweit Marx in Betracht kommt, ist das letztere nicht ganz richtig. Marx spricht vielmehr im „Kapital" wiederholt von der Spaltung der Kapitale und erwähnt bei Gelegenheit auch die Tatsache, der Aktiengesellschaften; für die Möglichkeit einer Dezentralisation der Vermögen fehlt es soweit auch bei ihm nicht an Hinweisen. Richtig ist nur, daß Marx bei der Kennzeichnung der geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation diese Möglichkeiten ignoriert, und da das Erfurter Programm in dieser Frage auch nur geschichtliche Tendenzen kennzeichnen will, so handelt es allerdings in Uebereinstimmung mit Marx, wenn es hierbei ebenfalls die Möglichkeiten der Kapitalspaltung usw. ignoriert.

Ist aber diese Ignorierung der Sache nach gerechtfertigt, ist die Möglichkeit der Kapitalspaltung für die geschichtliche Tendenz — das

heißt für die voraussichtliche Entwicklung und Wirkung — der Kapitalsakkumulation gleichgültig?

Hätten wir nur das vor uns, was die „Kölnische Zeitung" aus eigenem hierüber gibt, und nicht auch das, was sie an Tatsachen gegen die Akkumulationstheorie den Veröffentlichungen sozialistischer Schriftsteller entnimmt, so würden wir sehr versucht sein, Marx und dem Erfurter Programm unbedingt recht zu geben. Sie behandelt nämlich die Bildung von Aktiengesellschaften usw. nur als einen „Keim", der „berufen" sei, die Lücke in der Vermögensbildung zwischen den Riesenkapitalien und dem Arbeitereinkommen auszufüllen. Nun haben wir jedoch die Aktiengesellschaften seit Generationen, und wenn sie bisher sich noch nicht als mehr erwiesen haben sollten, denn als bloß einen „Keim" der Gegenwirkung gegen eine, der Konzentration der Unternehmungen entsprechende Vermögensakkumulation, dann könnte man mit gutem Fug bezweifeln, daß sie den Akkumulationsprozeß in irgendwie nennenswerter Weise aufheben werden.

In Wirklichkeit verhält sich die Sache aber doch anders, und bei der Wichtigkeit, die sie für die Erkenntnis der Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung unserer Zeit hat, ziemt es sich, einen Augenblick bei ihr zu verweilen.

So gewaltig die Summen sich lesen, die uns in Gestalt der Vermögen der großen Millionäre entgegentreten, so repräsentieren sie doch immer erst Bruchteile desjenigen Teils des gesellschaftlichen Reichtums, der, über die den Arbeitern bezahlten Löhne hinaus, den Kapitalbesitzern, Grundeigentümern, kapitalistischen Unternehmern als Zins, Grundrente und Profit zufließt. Im Vereinigten Königreich Großbritannien und Irland betrug nach der neuesten Auflage des Fabianischen Pamphlets „Facts for Socialists" (Tatsachen für Sozialisten), dessen Angaben auf den Ermittlungen der angesehensten bürgerlichen Oekonomen beruhen und von einem Beamten des Reichssteueramtes, Mr. Oakeshott, nachgeprüft worden sind, das gesamte Jahreseinkommen der Nation für 1902 1800 Millionen Pfund Sterling oder 36 000 Millionen Mark. Davon entfielen, in Mark berechnet, auf:

Grundrenten	5,800,000,000
Zinsen	7,200,000,000
Profite und Gehälter	9,200,000,000
Arbeitslöhne	13,800,000,000

Also 13 Milliarden allein entfallen auf die Empfänger von Grundrenten und Zinsen. Rechnen wir von der Rubrik Profite und Gehälter nur die Hälfte auf Profite, was aber sicher zu wenig ist, so kommen auf die Empfänger von Grundrente, Zins und Profit zusammen fast 18 Milliarden Jahreseinkommen! Wenn also wirklich einige hundert — sage 400 — ganz reiche Leute im Durchschnitt je 20 Millionen jährliches Einkommen haben, so

bleiben noch jährlich 10 Milliarden auf eine Mehrzahl von Wohlhabenden aller Grade zu verteilen.

Deutschland ist nicht so reich wie England, nähert sich ihm aber immer mehr, und im Verhältnisse werden die Zahlen nicht viel anders sein. In Preußen allein betrug 1895/96 das Gesamteinkommen der Einkommensklassen mit über 3000 Mark deklariertem Einkommen 3269 Millionen Mark, davon aus Kapitalvermögen 904 Millionen, aus Grundvermögen 739,5 Millionen, aus Handel, Gewerbe und Bergbau 965,1 Millionen Mark. Diese Zahlen haben seitdem eine sehr bedeutende Steigerung erfahren, man denke nur an den ungeheueren Aufschwung, den allein der Kohlenbergbau in Preußen genommen hat.*)

Ueberhaupt spielen bei der Bildung der großen Vermögen der Gegenwart der Bergbau und die ihm verwandten Zweige der Ausbeutung der Schätze des Erdinnern eine ganz besondere Rolle. Es ist dies deshalb im Auge zu behalten, weil es die Mitwirkung staatlich verliehener und künstlich geschaffener Monopole bei der Bildung dieser Vermögen illustriert. Woher die Riesenvermögen der amerikanischen Eisenbahnkönige? Ein sehr großer Teil rührt von den ungeheueren Landschenkungen her, die den Bahngesellschaften seinerzeit bei Anlegung von Bahnen von den Staatsregierungen gemacht wurden, ist also nur eine realisierte oder kapitalisierte Grundrente. Nach ihren Urquellen haben diese Vermögen mehr Aehnlichkeit mit dem Feudalbesitz des mittelalterlichen Lehnadels, als mit modernen industriellen Mehrwert. Bei den Riesenvermögen der amerikanischen Eisenmagnaten wiederum hat der Schutzzoll, das heißt Staatshilfe auf Kosten der Allgemeinheit, Geburtshilfe geleistet. Kurz, diese phänomenalen Kapitalsakkumulationen jenseits des Ozeans zeigen uns weniger Vorbilder einer Entwicklung, der wir entgegengehen, als vielmehr Ergebnisse einer Treibhausentwicklung, die sich in dieser Weise bei uns unmöglich in gleichem Umfange wiederholen kann,

*) Für die Frage der Akkumulation liefert heute die preußische Ergänzungssteuer von 1895 vergleichsfähige Zahlen. In den zwölf Jahren von 1899 bis 1911 hat sich die Verteilung der Vermögen der physischen Zensiten wie folgt entwickelt:

Vermögen Mark			Physische Zensiten 1899	1911	Zuwachs von 1899 auf 1911 absolut	in Prozenten
über	6000 bis	32000	813721	1198032	+ 384311	47,2
„	32000 „	52000	168450	229493	+ 61043	36,1
„	52000 „	100000	129198	180393	+ 51195	39,6
„	100000 „	200000	64614	88356	+ 26192	42,1
„	200000 „	500000	32943	47507	+ 14664	44,5
„	500000 „	1000000	9386	13793	+ 4407	46,9
„	1000000		6014	9349	+ 3335	55,4

In allen Abteilungen ist der Prozentsatz der Zunahme der Zensiten ein erheblich größerer gewesen als der Prozentsatz des Zuwachses der Bevölkerung, der sich in der gleichen Zeit nur auf 20 Prozent gestellt hat (von 34 Millionen Seelen im Jahre 1899 auf 40,7 Millionen im Jahre 1911. Ungeachtet der

welche Fortschritte die Konzentrationsbewegung in der Industrie auch sonst machen möge.

Ein anschauliches Bild, wie sich bei der Verwandlung von großen Privatunternehmen in Aktiengesellschaften der Anteilbesitz verteilt, geben folgende Zahlen aus dem inhaltsreichen Buch von H. W. Macrosty „Trusts and the State" (Die Trusts und der Staat). Es handelt sich da um vier große englische Unternehmungen, die in den letzten Jahren aus Familienbesitz in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden. Wir geben die Beträge wiederum in Mark:

	Ausgegebenes Aktien- und Obligationen-Kapital	Von den Verkäufern übernommenes Kapital	Zahl der Aktionäre
Pease und Partners	28,000,000	10,666,600	1672
Doulton & Co.	22,000,000	12,666,600	1324
Bell Brothers	26,000,000	12,000,000	524
Measures Brothers	7,200,000	2,400,000	1269

Von insgesamt 83,2 Millionen Kapital blieben 37,3 in den Händen der ursprünglichen Inhaber und 45,9 verteilten sich unter eine Vielzahl von Aktionären, deren Gesamtzahl sich auf 4789 beläuft. Aber die „Verkäufer" sind meist auch schon eine Mehrzahl von Personen, und wenn der eine oder andere sein Vermögen auch zusammenhält und nur immer mehr aufhäuft, so findet bei anderen durch Erbübertragung an Familienmitglieder usw. schließlich doch wieder weitere Spaltung statt.

Auch die Vorstellung, daß bei der Bildung von Trusts und Fusionen eine Akkumulation des Kapitals in immer weniger Hände sich vollzieht, entspricht nicht den Tatsachen. Die Zahl der Aktionäre des großen amerikanischen Stahltrusts wird auf über 50 000 angegeben. Bei der Vertrustung von 31 großen englischen Feingarnspinnereien blieben von einem ausgegebenen Gesamtkapital von 80 Millionen

---

hohen Rate der Zunahme der Zensiten mit über 1 Million Mark Vermögen kann von einer Akkumulation der Vermögen in immer weniger Händen keine Rede sein.

Der Masse nach verteilte sich das gesamte eingeschätzte Vermögen der hier in Betracht kommenden Zensiten im Jahre 1911 auf die verschiedenen Größenabteilungen wie folgt:

Personen	Größe der Vermögen			Eingeschätztes Gesamtvermögen der Abteilungen
			Mark	Mark
1 198 032	über	6 000 bis	32 000	23,39 Milliarden
229 493	„	32 000 „	52 000	9,32 „
180 393	„	52 000 „	100 000	12,78 „
88 356	„	100 000 „	200 000	12,20 „
47 507	„	200 000 „	500 000	14,39 „
13 793	„	500 000 „	1 000 000	9,47 „
9 349	„	1 000 000		11,04 „

Für die anderen Staaten des Deutschen Reiches wird ein gleiches Verhältnis berechnet. (Note zur dritten Auflage.)

Mark 26,7 Millionen in den Händen der Verkäufer, die anderen 53,3 Millionen verteilten sich unter 3934 Aktionäre; bei der Vertrustung von 22 Wollfärbereien in Bradford war das ausgegebene Gesamtkapital 60 Millionen Mark, davon übernahmen die Verkäufer 20 Millionen, die Aktionäre (in Zahl von 10 731!) 40 Millionen Mark. Bloß das Aktien- und Prioritätenkapital von fünf der größten englischen Brauereien, 194 Millionen Mark, verteilt sich unter rund 16 000 Aktionäre; das Obligationenkapital, das sich auf 122 Millionen beläuft, soll eine ähnliche Verteilung haben.

Wo wir also, wie in England, dessen Aktiengesetz öffentliche Registrierung der Aktionäre vorschreibt, eine Statistik der Aktionäre aufnehmen können, zeigt sich durchgängig, daß die Aktienform nicht bloß die Möglichkeit, sondern die Tatsache einer Zersplitterung der Anteile mit sich bringt. Ob das aber eine so „erfreuliche Erscheinung" ist, wie die „Kölnische Zeitung" vermeint, ist eine andere Frage.

* * *

Zusatz zur zweiten Auflage. Das im vorstehenden theoretisch dargelegte ist bei den Beratungen des deutschen Reichstags über die Stengelschen Steuervorlagen vom 28. November 1905 wiederholt ins Praktische zu übersetzen versucht worden. Diese Steuergesetze sind in ihrer Zusammenfassung von ihren Verteidigern als eine Reichsfinanzreform bezeichnet worden. Sehr mit Unrecht, da sie das Reichsfinanzwesen in keiner Weise auf eine grundsätzlich neue Weise ordnen; sie sind ein Gemengsel von Steuererhöhungen und neuen Steuern, die nur das System der indirekten Steuern, auf dem sich die Reichsfinanz von jeher aufgebaut hat, weiter ausdehnen und hier und da mit etwas Mittelstandsretterei versetzen, wie sie in der Reichsgesetzgebung auch sonst schon zur Anwendung gekommen ist: stufenweise steigende Besteuerung gewerblicher Unternehmungen nach den Mengen des verarbeiteten Rohstoffes bzw. des Umsatzes, statt nach dem Gewinn, und ähnliches mehr, was eher den Titel Reichsfinanzreaktion verdient. Grundsätzlich neu war, soweit die Stengelschen Vorlagen in Betracht kamen, nur die Heranziehung der Erbschaftssteuer zur Deckung der Ausgaben des Reichs. Aber das auf sie bezügliche Gesetz war äußerst zaghaft formuliert und mit so vielen Ausnahmen und Vorbehalten versehen, daß die Steuer nach dem Voranschlag der Regierung nur 48 Millionen Mark im Jahr abzuwerfen versprach und selbst dieser Betrag noch in dem Maße sollte gekürzt werden können, als die anderen, d. h. die indirekten Steuern Mehrerträge über den Reichsbedarf hinaus abwerfen würden.

Hier griff die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags ein und stellte dem Regierungsentwurf einen Steuervoranschlag gegenüber, wonach die Erbschaftssteuer allein jährlich 290 Millionen Mark hätte abwerfen müssen, also nicht nur sämtliche anderen Steuern des Ent-

wurfes überflüssig, sondern auch die Aufhebung schon bestehender Belastungen des Volkskonsums möglich gemacht hätte. Ferner wiederholte sie ihre Forderung auf Einführung von progressiv abgestuften Einkommens- und Vermögenssteuern für das Reich, um das ganze Reichsfinanzwesen auf Grundlage der direkten Besteuerung umzugestalten.

Bei der Begründung dieser Anträge, die u. a. dem Verfasser der vorliegenden Schrift zufiel, ist von ihm sowohl in der Kommission wie im Plenum auf die steigende Zunahme der Vermögensakkumulation in Deutschland und die zunehmende volkswirtschaftliche Entbehrlichkeit der Bildung großer Privatvermögen hingewiesen worden, wie dies auch hier geschehen ist. An gegnerischen Antworten hat es da nicht gefehlt. In der Kommission trat der preußische Finanzminister v. Rheinbaben dem Verfasser mit einem ganzen Exposé gegenüber, das dem gedruckten Protokoll der betreffenden Sitzung — 26. Sitzung, verhandelt am 2. März 1906 — als Extrabeilage angefügt wurde, und im Plenum des Reichstages waren es insbesondere der nationalliberale Abgeordnete Westermann und der konservative Abgeordnete Dietrich, welche — in der Sitzung vom 10. Mai 1906 — meine Ausführungen zu entkräften suchten. Wer aber die Berichte jener Sitzungen nachliest, wird ohne weiteres zugeben, daß, was mir da entgegengehalten worden ist, meine bezüglichen Darlegungen durchaus unwiderlegt läßt, ja sie zum größten Teil nicht einmal berührt.

Letzteres gilt insbesondere von den Ausführungen des Herrn v. Rheinbaben. Der preußische Finanzminister hielt dem Hinweis auf die Zunahme der Zahl der Multimillionäre Zahlen aus der preußischen Einkommens- und Vermögenssteuerstatistik entgegen, die eine teilweise noch stärkere Zunahme der Personen mit mittleren und kleinen Vermögen anzeigten, und dieses Zahlenmaterial führte der Abgeordnete Dietrich in der Reichstagssitzung vom 10. Mai aufs neue als Hauptbeweismaterial gegen mich vor, während der Abgeordnete Westermann eine ähnliche Statistik aus meiner Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus" verlas und dadurch mich mit mir selbst in Widerspruch zu bringen vermeinte. Aber alles das hat mit der hier von mir gestellten Frage nicht das geringste zu tun. Daß auch die Zahl der Zensiten mit mittleren und kleinen Vermögen wächst, ist mir nicht eingefallen zu bestreiten. Die Fragen, worauf es hier aber ankommt, sind erstens: wie verhält sich zum Anwachsen der Zahl und — worauf keiner der Gegner einging — zur Masse der mittleren und großen Vermögen die Bewegung der Reallöhne der die breite Masse der Nation ausmachenden Klasse der nichtbesitzenden Lohnarbeiter, und zweitens: welche soziale Funktion erfüllt heute die Klasse der Inhaber der Riesenvermögen, d. h. ist das Anwachsen dieser Vermögen an Zahl und Masse, das wir heute sich vollziehen sehen, in diesem Grade für den Fortschritt der Volkswirt-

schaft wirklich erfordert, oder überwiegen seine offenbaren Schäden und Gefahren für das soziale Leben nicht heute schon seinen möglichen Nutzen für die Produktionssteigerung, wo die sich zunehmend ausbreitende Form der Kollektivunternehmung den großen Einzelunternehmer immer mehr beiseite schiebt? So hatte ich in der Kommission und — am 9. Mai 1906 — im Plenum des Reichstages die Frage gestellt, denn je nach ihrer Beantwortung entscheidet sich für jeden volkswirtschaftlich Denkenden die weitere Frage, wie hoch bei Erbschaftssteuern die Progression gehen darf, ohne die Wirtschaftsentwicklung zu schädigen, und wie weit sie gehen soll, um das Gemeinwesen mit Mitteln zur Erfüllung allgemeiner sozialer Aufgaben auszustatten und es zugleich gegen die vielfachen Schäden des Ueberwucherns plutokratischer Einflüsse zu schützen.

Auf diese Fragestellung ist weder Herr v. Rheinbaben, noch einer der bürgerlichen Abgeordneten genauer eingegangen. Herr Westermann streifte sie bzw. glaubte sie mit dem Bemerken abzutun, daß „wenn die Vorschläge des Herrn Bernstein Erfolg hätten, allgemein an die Stelle des Großaktionärs, der jetzt regiert, der Kleinaktionär treten und mit ihm mehr Aengstlichkeit und Kleinlichkeit in die Verwaltung einziehen würde, als es unsere industriellen und kaufmännischen Unternehmungen zurzeit gebrauchen können. Es würde der Wagemut schwinden, den wir bei unseren aufstrebenden wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland heute nicht entbehren können". (Stenogr. Bericht S. 3063a.)

„Sehr gut! bei den Nationalliberalen" verzeichnet der Bericht hierbei, und in der Partei der Großindustriellen und ihrer Trabanten mußte diese Bemerkung naturgemäß ein lebhaftes Echo hervorrufen. Es soll auch nicht bestritten werden, daß das Argument prinzipiell am Platze war. Indes wie wenig es sachlich zutraf, geht daraus hervor, daß auch nach dem weitgehendsten der beiden Vorschläge der Sozialdemokratie selbst bei den größten Vermögen die Erbschaftssteuer der direkten Deszendenten noch nicht mit 16 Proz. nach dem zweiten, abgemilderten Antrage sogar nur 6 Proz. betragen hätte. Selbst im ersten Falle würde es daher noch eine recht gute Weile gedauert haben, bis dem Großaktionär durch die Erbschaftssteuer der Garaus gemacht worden wäre, soferne durch sie dies Resultat überhaupt herbeigeführt würde. Denn in den Kreisen der großen Bourgeoisie findet ein Erbübergang vom Vater auf die Kinder im Durchschnitt kaum alle dreißig Jahre statt, in diesem Zeitraum pflegen sich aber Riesenkapitale ganz anders zu vermehren, als um 16 Proz. Im übrigen hatte ich selbst erklärt:

> „Kein Sozialdemokrat leugnet, daß die Kapitalbildung für jene Zeit eine Notwendigkeit war, daß zu einer Zeit, wo Staat und Gemeinde schlecht organisiert waren, Privatunternehmer mit großen Mitteln notwendig waren, um wichtige technische Verbesserungen durchzuführen und um weitschichtige Unternehmungen ins Werk zu setzen, zu denen große Mittel erforderlich waren, und bei denen zunächst vielleicht auf keinen

Gewinn zu rechnen war. Dies brauchte die Volkswirtschaft, das leugnen wir nicht, und ich gehe sogar noch weiter und sage, sie braucht sie zum Teil auch heute noch." (Stenograph. Bericht Sp. 3051/52.)

In keiner Hinsicht traf also der Westermannsche Einwand die Vorschläge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihre im Sinne der Entwicklungen dieser Schrift gehaltene Begründung. Vergebens wird man dagegen in dem Erbschaftssteuergesetz, wie es die Reichsregierung vorschlug, und in seiner Ausgestaltung durch die Reichstagsmehrheit nach einem tiefgreifenden sozialpolitischen Gesichtspunkte suchen. Das rein fiskalische Interesse hat es diktiert und Rücksichten auf die Sonderinteressen gewisser herrschender Schichten und Körperschaften, auf Dynastien, Grundbesitz, Kirche usw. haben ihm die Grenze gezogen. Daß aber selbst auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung eine sehr viel tiefer einschneidende und ganz andere Mittel einbringende Erbschaftssteuer möglich war, ohne dem ersprießlichen Fortgang der Produktion gesellschaftlichen Reichtums irgendwie Eintrag zu tun — ja, bei zweckmäßiger sozialpolitischer Verwendung der Erträge sogar mit der Wirkung, die Produktion als Quelle des Volkswohlstandes noch erheblich zu steigern, das zeigt gerade die genaue Beschäftigung mit dem Kapitel, genannt Akkumulationstheorie.

---

5. Werttheorie und Mehrwerttheorie, Krisenlehre, Zusammenbruchstheorie.

„Unrecht hatte aber diese Kritik, wenn sie meinte, daß mit der Widerlegung der Marxschen Werttheorie der marxistische Sozialismus widerlegt oder auch nur erschüttert wird." — Dieser Satz aus einer Abhandlung von Wladimir Simkhowitsch (Conrads Jahrbücher, 3. Folge, Bd. 17) wird von der „Kölnischen Zeitung" zustimmend zitiert. Und anscheinend mit vollem Recht. Hatte doch Friedrich Engels 1884 im Vorwort zur deutschen Ausgabe des „Elend der Philosophie" erklärt, daß Marx seine kommunistischen Forderungen nie auf die Tatsache begründet habe, daß der Lohnarbeiter nicht den vollen Wert des Produkts seiner Arbeit erhält. Die „Kölnische Zeitung" zitiert auch das, und damit könnte dieser Punkt für abgetan gelten.

Indes wird nun doch mancher sagen: wenn dem aber so ist, warum denn dann der ganze Lärm um die Wert- und Mehrwerttheorie? Warum hat man den Leuten damit den Kopf erst schwer gemacht, ganze Bibliotheken darüber geschrieben? Nun, die Sache ist sehr einfach. Die Werttheorie ist im Marxschen System ein Mittel, den Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft zu erklären, die Regeln oder Gesetze aufzufinden, nach denen der gewaltige Organis-

mus arbeitet, den die kapitalistische Wirtschaft in der modernen Gesellschaft darstellt. Sie hat demnach für die Untersuchung dieses Organismus etwa dieselbe Bedeutung, wie die Lehre vom Kreislauf des Blutes für die Erkenntnis von der Natur und Lebensweise des menschlichen oder tierischen Körpers. Auch ehe die Menschen diese Lehre kannten, wußten sie aus der angesammelten rein praktischen Erfahrung, daß der menschliche Körper gewisse Bedürfnisse hat, daß dem Menschen unter bestimmten Bedingungen bestimmte Genüsse oder Handlungen schaden, andere nützen, daß auf bestimmte Maßnahmen bestimmte Wirkungen folgen, daß das Blut und seine Beschaffenheit im menschlichen Körper von größter Wichtigkeit sind, kurz, es gab auch da schon eine Gesundheitslehre — eine Heilkunde. Aber sie hielt sich im wesentlichen eben nur an die reine äußerliche Erfahrung, die so leicht irreführt, und wie es mit der Medizin infolgedessen oft aussah, hat in drastischer Weise unser Goethe seinen Faust mit den Worten bezeichnen lassen:

„So haben wir mit höllischen Latwergen,
In diesen Tälern, diesen Bergen,
Weit schlimmer als die Pest gehaust."

Es war die Zeit der Pferdekuren, der wahnsinnigen Aderlässe und unbeschreiblichen „Tränkchen". Eine wissenschaftliche Medizin ward erst möglich, seit man die Gesetze der Blutzirkulation kennt, die der Engländer Harvey zu Anfang des 17. Jahrhunderts entdeckte.

Was die Lehre vom Blutumlauf für die Erklärung des Lebens und Arbeitens des menschlichen Körpers ist, das ungefähr soll in der Marxschen Gesellschaftslehre die Wert- und Mehrwerttheorie für die Erklärung des Lebens und Arbeitens des kapitalistischen Wirtschaftsorganismus sein. Die Wertlehre soll zeigen, nach welchem Maßstab oder Wertmesser sich auf dem Boden dieses Wirtschaftssystems die zu Kauf und Verkauf gelangenden Artikel — ob greifbare Güter oder Leistungen — austauschen, die Mehrwertslehre soll zeigen, welches die Triebkraft und ihr Walten ist, wonach unter dem System des Kapitalismus der Wirtschaftskörper arbeitet. Als diese Triebkraft bezeichnet sie eben den Kampf um den Wert und den Mehrwert. Sie führt aus, daß der Wert der Waren, d. h. aller zu Kauf und Verkauf gelangenden Artikel gleich ist der in ihnen verkörperten gesellschaftlich notwendigen Arbeit, daß aber der Arbeiter, der diese Arbeit leistet, nicht den vom ihm produzierten Wert, sondern nur den Wert seiner verausgabten Arbeitskraft erhält, der bei kapitalistischer Wirtschaft stets geringer sein muß als jener, weil sonst keine Verwertung des in dem betreffenden Unternehmen angelegten Kapitals stattfände, sich für das Kapital kein Wertzuwachs oder Mehrwert ergäbe. Mehrwert zu erzielen, ist danach der Antrieb jeder kapitalistischen Unternehmung, und der Kampf um die Höhe des Mehrwertes, der auf der einen Seite zwischen Kapitalisten und Arbeitern, auf der anderen zwischen den Kapitalisten

untereinander spielt, ist der treibende Faktor der Produktionsentwicklung. Er treibt die kapitalistischen Unternehmer zur Anwendung immer vervollkommneter Maschinerie und damit zur Produktion auf immer größerer Stufenleiter, zu beständigem Druck auf die Löhne, zu immer neuer Ersetzung menschlicher Arbeit durch Naturkräfte oder Maschinen. Die Folge ist die Bildung riesiger Kapitalmonopole, wachsender Heere von immer wieder zeitweilig Arbeitslosen, von beständiger Ueberproduktion, die sich in immer größeren Krisen Luft macht, bis schließlich das ganze System an seinen eigenen Widersprüchen zusammenbricht. Und auf diesen „notwendigen, sich vor unseren Augen täglich mehr und mehr vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise" gründet, wie Engels feststellt, Marx seine kommunistischen Forderungen.

Man wird aus dieser Zusammenstellung leicht ersehen, einen wie wesentlichen Bestandteil der Marxschen Wirtschaftslehre die Marxsche Wert- und Mehrwertlehre bildet, und daß es nicht geht, kurzerhand die Marxsche Wertlehre für falsch und die Marxsche Mehrwertlehre für trotzdem „unerschüttert" zu erklären. Warum steht in dem eben gegebenen Zitat von Engels das Wort „notwendig"? Nun, weil damit gesagt sein soll, daß die aufgezeigte Entwicklung unter dem Zwange eines Naturgesetzes vor sich geht, aus dessen Walten es in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kein Entrinnen gibt. Dieses Naturgesetz der kapitalistischen Wirtschaftsweise aber ist nach der Marxschen Lehre eben das oben gekennzeichnete Wertgesetz: die Lehre vom Arbeitswert und die auf ihm aufgebaute Mehrwertlehre. Gibt man sie auf, so rüttelt man damit ganz bedeutend am Marxschen Sozialismus.

Aber es haben doch, wie die „Kölnische Zeitung" behauptet, auch Sozialdemokraten, und sogar solche aus der Marxschen Schule, sich der Marxschen Werttheorie kritisch gegenübergestellt, sie für ungenügend wenn nicht unhaltbar erklärt? Wie verhält es sich damit?

Kurz gesagt, folgendermaßen: Die sozialistischen Kritiker der Marxschen Werttheorie bestreiten zwar die Richtigkeit der *Wertformel*, wie Marx sie gibt, sie bestreiten aber nicht, daß zwischen dem Preis, den der Arbeiter für seine Arbeitsleistung erhält, und dem Preis, zu dem der Kapitalist sie oder ihr Produkt verwertet, eine Differenz besteht, die der Kapitalist als *Mehrwert* sich aneignet. Sie leiten den Mehrwert anders ab als Marx, aber sie anerkennen, daß er existiert und in der kapitalistischen Wirtschaft die Rolle spielt, die Marx ihm beimißt. Um es am Beispiel des schon gebrauchten Bildes von der Blutzirkulation zu veranschaulichen: Die heutige Physiologie hält an der Lehre Harveys vom Blutumlauf in der Hauptsache fest, vom Blut selbst aber und seiner Zusammensetzung hat sie ganz andere Anschauungen, als wie der Leibarzt Karls I. von England. Außerdem darf man nicht vergessen, daß der *Wert* eine *abstrakte Vorstellung* ist, ein Begriff unseres Denkorganismus, aber *kein*

greifbares Ding. Es hat ihn noch niemand gesehen, gefühlt, geschmeckt. Ob dieser Begriff so oder so formuliert wird, ist für die Tatsachen, aus denen er abgeleitet wird, gleichgültig. Sie bleiben, was sie sind, auch wenn wir statt Mehrwert etwa Besitzrente, Vorzugsrente usw. sagen. Denn der Kapitalprofit, das ist etwas sehr Greifbares, den kann man sehen, fühlen, schmecken, — unsere lieben Aktionäre, deren Bekanntschaft wir im vorigen Artikel gemacht haben, sollen ihn sich sogar sehr gut schmecken lassen. Ebenso die Bodenrente und andere auf Grund bloßen Besitzes, ökonomischer Uebermacht und sonstiger sozialer Vorzugsstellung beruhende Einkommensarten. Also bei den Tatsachen, die die Marxsche Werttheorie anschaulich machen will, bei denen verbleibt es, auch wenn der den Preis der Waren bestimmende Wert in Wirklichkeit etwas anders aussieht, als Marx ihn schilderte. Wollte heute jemand auf Grund der an der Werttheorie geübten Kritik hin bestreiten, daß in der Beziehung von Kapital und Lohnarbeit ein Ausbeutungsverhältnis liegt, so würde ihn selbst der ungeschulteste Arbeiter damit auf den Sand setzen, daß er auf das immer mehr anschwellende Heer der Aktionäre zeigte und ihn fragte: „Meinen Sie, Verehrtester? Aber sagen Sie, bitte, wo kommen denn nun die her?"

Die „Kölnische Zeitung" ist auch vollkommen auf dem Holzwege, wenn sie meint, daß die sozialistischen Kritiker der Marxschen Werttheorie deswegen an dieser Anstoß nehmen, weil sie die wertschaffende Bedeutung der bloßen Handarbeit übertreibe und der etwaigen Mitarbeit des Unternehmertums im Produktionsprozeß, der Leitungsarbeit, der höheren technischen Arbeit usw. nicht genügend Rechnung trage. Die Arbeit des Unternehmers und der sonstigen Nicht-Handarbeiter ist in der Marxschen Werttheorie zwar nicht immer betont, aber doch prinzipiell berücksichtigt, und wo das nicht deutlich genug ausgesprochen ist, ließe sich das leicht nachholen, ohne am Grundgedanken der Theorie etwas zu ändern. Nein, was die Kritik da vermißt, steht auf einem ganz anderen Kapitel. Die Aktie hat den im Produktionsprozeß Leitungs- usw. Arbeit verrichtenden Unternehmer und den bloßen Ausbeutungsgewinn einstreichenden Kapitalisten in zwei sichtbare Hälften geteilt, so daß es heute keiner Abstraktionsarbeit mehr bedarf, um die Mehrwertslehre verständlich zu machen. Die nichts als Mehrwert darstellenden Kapitalsfiguren wandeln in vollster Leibhaftigkeit unter uns umher.

Der Mehrwert ist eine Realität, und die Jagd nach dem Mehrwert beherrscht heute so stark wie nur jemals die kapitalistische Welt. Daher die von der „Kölnischen Zeitung" anerkannte Tendenz zu immer größerer Konzentration der Betriebe in Industrie und Handel, daher die Produktion auf immer größerer Stufenleiter, daher die beständige Tendenz zur Ueberproduktion, diese eine Voraussetzung der Krisentheorie, während die andere Voraussetzung, das Zurück-

bleiben des Arbeitslohnes hinter der Reichtumsproduktion, wie wir bei der Verelendungstheorie gesehen haben, von der „Kölnischen Zeitung" ebenfalls zugegeben wird. Die zwei Voraussetzungen der Theorie der Wirtschaftskrisen sind da, wie steht es aber mit den aus ihnen gezogenen Folgerungen? Werden die Krisen nun auch wirklich, wie es im Erfurter Programm heißt, „immer umfangreicher, immer verheerender", folgen die Krisen, wie Marx annahm, in immer kürzeren Perioden aufeinander?

Eine Prüfung der Frage auf Grund der Geschichte der Wirtschaftskrisen kommt heute zu einem verneinenden Resultat. Die Krisen sind in neuerer Zeit nicht umfangreicher, nicht verheerender geworden als früher, folgen einander auch nicht schneller. Und zwar weil, wie zum Teil Friedrich Engels schon hervorgehoben hat, in neuerer Zeit Tatsachen eingetreten sind, die dem Walten der bezeichneten Faktoren entgegenwirken. Hierhin gehört zunächst die ungeheuere Vervollkommnung des Transportwesens, des Nachrichtendienstes und der Produktionsstatistik, die eine äußerst schnelle Orientierung über die Produktionslage erlaubt, während die Konzentration der Unternehmungen und ihre monopolartige Verbindung in Trusts, Kartellen, Syndikaten, eine Beherrschung der Produktion durch die Produzenten möglich gemacht hat, die früher ebenfalls nicht bestand. Sie hat andere sehr große Uebel mit sich gebracht und funktioniert noch sehr unregelmäßig, aber im ganzen zeigt sich immer mehr die Tendenz einer ähnlichen Regulierung der Marktbewegungen, wie die Regulierung der Gasexpansion bei unseren Explosionsmaschinen vor sich geht: es finden beständige Explosionen statt, aber keiner wird die Zeit zur vollen Entfaltung gelassen. So hat denn auch Kautsky, der Verfasser des betreffenden Satzes im Erfurter Programm, sich veranlaßt gesehen zu erklären, daß die Krisentheorie gegenüber der Konzentrationstheorie und der Verschärfung der sozialen Gegensätze nur untergeordnete Bedeutung habe, und es am Endergebnis der sozialen Entwicklung nichts ändern würde, wenn die periodischen Krisen nicht notwendig im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründet wären. Das treffe, meint die „Kölnische Zeitung", den Nagel auf den Kopf und bestätige die „wissenschaftliche Minderwertigkeit der Krisenlehre".

Fällt aber die Krisentheorie, so fällt auch die Zusammenbruchstheorie, denn diese fußt auf jener. Wohlgemerkt, es handelt sich hier um die ökonomische Zusammenbruchstheorie, das heißt um die Auffassung von einem sich mit Notwendigkeit einstellenden Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems als Folge immer größer werdender Krisen. Man hat darüber gestritten, ob die Marxsche Theorie überhaupt einen solchen wirtschaftlichen Zusammenbruch in Aussicht stelle, statt bloß eine soziale, durch den verschärften Klassengegensatz bedingte Katastrophe vorauszusagen, die

zur Enteignung der Kapitalisten und Ersetzung der kapitalistischen durch die soziale Produktion führen werde. Aber selbst wenn in den Schriften der wissenschaftlichen Vertreter des Marxismus keine Silbe von der ökonomischen Zusammenbruchstheorie stände, so würde doch die oben gegebene Formel der Krisentheorie allein den Beweis liefern, daß sie einen organischen Bestandteil der Marxschen Theorie bildet oder doch ursprünglich gebildet hat. Denn *wenn* „die Krisen immer umfangreicher und verheerender" werden, so *muß* einmal der Moment eines großen allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruches eintreten. Und von der anderen Seite her: wenn der *wirtschaftliche* Zusammenbruch *keine* Notwendigkeit ist, dann ist es auch der *soziale* nicht, dann kann die soziale Entwicklung ebenfalls *ohne Zusammenbruch* vor sich gehen, dann ist die *soziale Katastrophe* keine immanente, das heißt in den Dingen selbst liegende Notwendigkeit. So viel muß man der „Kölnischen Zeitung" zugeben.

Aber was nicht aus den Dingen selbst hervorgeht, kann darum *doch* eintreten, sintemalen die Menschen keine Automaten der dinglichen Welt sind. Haben die veränderten Bedingungen des Wirtschaftslebens, die das Walten der Krisen in Frage gestellt haben, das Verhalten der Menschen zum kapitalistischen Wirtschaftssystem beeinflußt und in welchem Sinne? Die Frage führt uns zur Theorie vom *Klassenkampf* und der sozialen *Evolution*. Bei welcher Gelegenheit wir unseren guten Freunden, den Aktionären, wieder begegnen werden.

---

6. Die wirtschaftliche Entwicklung und der Klassenkampf.

Wir haben gesehen, daß die „Kölnische Zeitung" der Verelendungstheorie einen berechtigten Kern zuerkennt; das Hauptorgan der rheinischen Bourgeoisie gibt nicht nur zu, daß der wirtschaftliche Aufstieg der Arbeiter heute hinter der Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums zurückbleibt, sondern räumt sogar außer dieser, immer erst *verhältnismäßigen Verschlechterung* in der gesellschaftlichen Lage der Arbeiter, auch *absolute Verschlechterungen* in der Lage der Arbeiterklasse ein.

So weit, so gut. Denn mit diesem Zugeständnis ist der Kampf der Arbeiterklasse wider die heutige Wirtschaftsordnung im Fundament als berechtigt und notwendig anerkannt. Gehen wir nämlich der Frage etwas tiefer auf den Grund, wieso es denn kommt, daß der Anteil der Arbeiter am sozialen Reichtum, statt wenigstens Schritt mit ihm zu halten, sogar zurückbleibt, so werden wir auf ganz merkwürdige Tatsachen stoßen.

Reichtum heißt Verfügung über Genußgüter. Die Summe von Genußgütern, die heute produziert werden, übersteigt alle frühere Produktion, und dabei werden die Produktivkräfte, worüber die Gesellschaft heute verfügt, noch bei weitem nicht in ihrem vollen Maße ausgenutzt. Schon diese letztere Tatsache allein zeigt, daß mit unserer Wirtschaftsordnung etwas nicht in Ordnung ist. Lassen wir aber den bloß möglichen Reichtum an Genußgütern vorerst beiseite und halten wir uns an den wirklich produzierten Reichtum. Wem kommt der zugute?

Wie uns die „Kölnische Zeitung" bestätigt hat, nehmen die selbständigen Produktionsunternehmungen in der Industrie heute an Größe immer mehr zu, an Zahl aber immer mehr ab. Stände nun an der Spitze aller Unternehmungen immer nur je ein Kapitalist, der den Gewinn einstriche, dann würden wir eine verhältnismäßig kleine und immer mehr zusammenschrumpfende Zahl von Kapitalisten haben, die über beständig wachsende Reichtümer verfügten, genau wie dies die Marxsche Theorie als Tendenz der kapitalistischen Akkumulation hinstellt. Zugleich hätten wir, da trotz des in vielen Fällen unerhörten Luxus, den die Reichen heute in bezug auf Wohnung, Kleidung, Dienerschaft usw. treiben, ihre Konsumkraft begrenzt ist, viele Produktionszweige aber, gerade weil sie auf größter Stufenleiter produzieren, auch notgedrungen Massenproduktion treiben, entweder wachsende Ueberproduktion mit immer gewaltigeren Krisen und schließlich Zusammenbruch des ganzen Systems, nämlich einerseits infolge der wachsenden Not und andererseits der wachsenden Entrüstung der Volksmassen — soweit ist die Zusammenbruchstheorie im Recht — oder aber es würde infolge Steigens der Kaufkraft der Löhne oder sonst auf irgendeine Weise doch ein zunehmender Anteil von Genußgütern der großen arbeitenden Masse zufließen. Wenn nun weder das eine oder das andere geschieht, worüber die „Kölnische Zeitung" mit uns einig ist, so hat u. a. der Umstand sehr viel damit zu tun, daß die Akkumulationstheorie durch das Aktienwesen durchlöchert wird, was die „Kölnische Zeitung" uns ja ebenfalls bestätigt hat. Statt immer nur je eines Magnaten schöpfen, dank dem Aktienwesen, wachsende Scharen von großen und kleinen Kapitalisten den Rahm von den Erträgen der nationalen Arbeit. Es gibt leider keine Statistik darüber, wie groß ihre Zahl ist, denn die Listen der Einkommens- und Vermögenssteuern geben bei der ungeheueren Verbreitung der Steuerhinterziehungen ganz ungenügenden Ausweis. Daß sie aber sehr beträchtlich sein muß, geht aus den Zahlen hervor, die wir über die Verteilung des Aktienkapitals englischer Aktiengesellschaften kennen. Allerdings legen Rentiers usw. heute sehr selten ihr Vermögen in nur einem Papier an, so daß also, wenn von hundert Aktiengesellschaften jede 2000 Aktionäre hat, dies durchaus noch nicht besagt, daß die hundert zusammen nun 200 000 Aktionäre haben. Aber wenn wir annehmen, daß jeder

Rentner sich im Durchschnitt je zehn verschiedene Papierchen zulegt, was eher zu viel als zu wenig ist, so erhalten wir doch für die hundert Gesellschaften die stattliche Armee von 20 000 Aktionären! Nun haben wir es aber nicht bloß mit hundert, sondern mit sehr vielen hundert Aktiengesellschaften zu tun. In Preußen allein versteuerten 1899 **1915 Aktien-** und Bergwerksgesellschaften ein Grundkapital von **6240 Millionen Mark,** ganz abgesehen von den enormen Beträgen an Staats- und Stadtanleihen, Hypotheken, ausländischen Fonds und Industriepapieren, die sich im Besitz preußischer Kapitalisten befinden. Insgesamt war 1899 die Zahl der Zensiten Preußens mit **über 100 000 Mark** deklariertem Vermögen **110 507,** was aber bei der notorischen Verbreitung des Steuerhinterziehens unbestritten weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Wahrscheinlich muß die Zahl um die Hälfte erhöht werden. Mehr als 52 000 Mark Vermögen versteuerten insgesamt 239 705 Zensiten.*)

Man hat da ein annäherndes Bild von der Größe der Armee von Aktionären, die den Profit der gewerblichen usw. Unternehmungen unter sich „teilen". Sie mit ihrem Gefolge von Familienmitgliedern, Dienstboten usw. nehmen einen beständig zunehmenden Anteil vom jährlichen Gesamtertrag der Produktion vorweg. Dadurch helfen sie allerdings der Ueberfüllung der Märkte ab, aber sie verhindern auch zugleich das Steigen des Reallohnes der Arbeiterklasse. Es fehlt mir hier der Raum, im einzelnen darzutun, wieviel nationale Arbeitskraft diese Klassen teils absorbieren, teils in Kanäle leiten, wo sie für das Wirtschaftsleben steriliſiert wird, wie viel Luft, Licht, Wohlstandsmöglichkeit sie den arbeitenden Klassen entziehen.

Nur so viel sei gesagt: was auch die hierher gehörigen Personen individuell, als Menschen, sind, wo es soviel gute Seelen unter ihnen geben mag, wie nur in irgend einer Klasse, volkswirtschaftlich sind sie doch nur als Schmarotzer zu betrachten, und zwar obendrein als sehr schädliche Schmarotzer. Will man sie in ihrer ganzen ökonomischen Wertlosikeit erkennen, so braucht man nur einmal die Generalversammlung einer industriellen Aktienunternehmung zu besuchen. Es gibt keine erbärmlichere, hilflosere, lächerlichere Rolle, als wie sie der Rentier, der zu Hause doch meist ein großes Tier und auf irgendeinem Wissens- oder Kunstgebiet vielleicht sogar eine Leuchte ist — meist leuchten sie freilich auf ganz anderen Gebieten —, in solcher Generalversammlung spielt, sofern er es nicht vorzieht, seine völlige Nullität durch Fernbleiben zu illustrie-

*) Bis zum Jahre 1912 war die Zahl der in Preußen herangezogenen Aktiengesellschaften und Berggewerkschaften auf 2319 mit **11 380** Millionen Mark eingezahltem Grundkapital angewachsen. Die Zahl der physischen Zensiten mit über 52 000 Mark Einkommen war bis 1911 auf 339 398 gestiegen. Darunter 159 005 mit über 100 000 Mark Einkommen. (Vgl. die Tabelle auf Seite 17/18.) (Note zur dritten Auflage.)

ren, was in 99 von 100 Fällen stattfindet. Und unbeschreiblich ist die Geringschätzung, mit der man im engeren Kreise derer, welche die Geschäfte wirklich leiten, von diesen Dividendenschluckern spricht und über ihre Köpfe hinweg verfügt.

Mit der Lächerlichkeit allein aber ist es nicht getan. Sehr richtig bezeichnet der Engländer Macrosty in dem schon zitierten Buch „Die Trusts und der Staat" die Aktionäre als eine „sehr ernste soziale Gefahr". „Der Aktionär vertritt", schreibt Macrosty, „das Kapital in seiner absoluten Nacktheit; jedes Funkens von Verantwortlichkeit ledig, ohne jegliches Machtvermögen seiner Pflicht nachzukommen, falls er sie empfände, unwissend über alles, was das Geschäft angeht, von dem er Anteile hat, vertritt er einzig und allein die Funktion, Dividenden einzustreichen und auf den Aufsichtsrat zu schimpfen, wenn sie nicht hoch genug sind.... Die größte Aufgabe wird es sein, den Widerstand dieser Schichte des Gemeinwesens zu überwinden, die die Industrie konzentriert, aber die politische Macht des Kapitalismus ausgeweitet hat."

Das trifft den Nagel auf den Kopf. Das Heer der Aktionäre bildet heute in jeder Hinsicht, politisch und sozial, die Schutzgarde des Kapitals. Was wären die Handvoll Magnaten ohne den Hunderttausende zählenden Troß der mittleren und kleineren Aktionäre? Was könnten sie gegen die öffentliche Meinung? Nichts! Der erste Sturm würde ihren Widerstand brechen. Aber zusammen mit den halben, Viertels-, Achtelsmagnaten bilden oder beherrschen sie das, was man die öffentliche Meinung nennt. Für diese Schichten, die, wie Lassalle es gut bezeichnet hat, sich durch ihre Ubiquität auszeichnen, d. h. überall zu finden sind, schreibt der größte Teil der großen Presse, auf ihr Empfinden nehmen die Regierungen die größte Rücksicht, sie stehen hinter den Parlamentariern, den höheren Juristen, den oberen Verwaltungsbehörden, sie durchsetzen alle Stätten des öffentlichen Lebens der bürgerlichen Klassen mit ihrem Geist. Die bürgerlichen Parteien und Klassen aber sind gegen sie unvermögend, weil sie alle schließlich doch mit ihnen, sei es in der einen oder der anderen Hinsicht, auf einem und demselben Ast sitzen.

Zu diesen Schutztruppen des Kapitalprofits kommen aber noch, soweit sie nicht mit ihren Einzelgliedern identisch sind, die Schutztruppen der Grundrente. Auch ihre Zahl ist Legion. Leider ist es wieder sehr schwer, den Anteil vom Nationalprodukt der Arbeit zu berechnen, den die Bodeneigentümer alljährlich in Form von Bodenrenten aller Art als Tribut einstreichen, denn hier bleibt die Steuerveranlagung fast noch mehr als wie beim Kapital hinter der Wirklichkeit zurück. Um welche Summen es sich aber dabei handelt, mag die Tatsache zeigen, daß in Preußen 1899 der Wert des in Grundbesitz bestehenden Vermögens der Zensiten mit über 3000 Mark Einkommen, also die ganze Armee der Klein- und Zwergbauern ausgenommen, auf **über 25 Milliarden Mark** veranlagt worden

ist! Vier Jahre früher, 1895, hatte der veranlagte Wert nur 22,3 Milliarden betragen. In vier Jahren stieg der eingeschätzte Bodenwert, genau berechnet, um **2844 Millionen Mark.***) Ein Teil davon mag auf Rechnung schärferer Erfassung der Werte kommen, wir können aber gut und gern den Nettozuwachs auf zwei Milliarden ansetzen. Zweitausend Millionen Mark Wertzuwachs in vier Jahren! Das illustriert das Steigen der Bodenrente, das erklärt aber auch zugleich die relative Verelendung der Arbeiter, die die „Kölnische Zeitung" mit uns beklagt. Denn was ist die Bodenrente anders als ein Tribut, den der tote Besitz der schaffenden Arbeit auferlegt? In den Städten und Industriezentren wächst sie automatisch durch den großen Bevölkerungszuwachs, auf dem Lande aber hilft die Gesetzgebung ihr durch das Mittel der Agrarzölle nach, deren Zweck und Wirkung es ist, die Bodenwerte und damit die Bodenrente künstlich hoch zu halten. Und hier ist ein Punkt, wo die Macht selbst der stärksten Gewerkschaft versagt. Der Kampf der Gewerkschaften, so unschätzbar wichtig, so unentbehrlich er ist, hat in bezug auf die Einkommensfrage große Aehnlichkeit mit der Echternacher Springprozession: drei Schritt vorwärts, zwei Schritt rückwärts. Die Erhöhung des Geldlohnes, die heute errungen ist, wird morgen durch Preissteigerungen zu zwei Dritteln entwertet. Es ist wie ein Dauerlauf auf immer sich drehender Bahn gegen die Richtung dieser Bahn. Denn das Steigen der Preise ist in der Hauptsache dem wachsenden Tribut zuzuschreiben, den das Grundeigentum dem sozialen Fortschritt auferlegt. Jeder Kopf, um den die Bevölkerung zunimmt, bedeutet so und so viel Erhöhung der Grundrente.

Und was geschieht dagegen? Wenig, blutwenig, im ganzen betrachtet: nichts. Denn wie die Summe des Bodenwertes, wächst auch die Zahl seiner Teilhaber, und ihr Einfluß in Staat und Gemeinde verhindert jede durchgreifende Bodenreform. Hilflos, selbst wo sie etwas tun möchten, stehen unsere Städteverwaltungen dieser Wertsteigerung des Grund und Bodens gegenüber. Aber den meisten fehlt auch selbst der gute Wille. Vor einer radikalen Enteignungspolitik, ohne die nichts Durchgreifendes geleistet werden kann, scheuen sie so gut zurück, wie unsere Gesetzgebung sie verabscheut. Sie stehen eben selbst viel zu sehr auf dem Boden der Unantastbarkeit der Eigentumsvorrechte.

Aus allen diesen Gründen ist eine Partei heute eine absolute Notwendigkeit, die an die hier gekennzeichneten Fragen mit voller Freiheit von allen spezifischen Eigentumsinteressen herantritt. Und das kann nur eine Partei sein, die sich auf die Klasse

---

*) Im Jahre 1911 belief sich in Preußen der Wert des Grundvermögens der Zensiten mit über 3000 Mark Einkommen, einschließlich des landwirtschaftlichen Anlage- und Betriebskapitals auf **39,6 Milliarden Mark.** (Note zur dritten Auflage.)

stützt, aus ihr sich rekrutiert und unter ihrem Gesichtspunkt handelt, aus deren Lebensbedingungen heraus mit Notwendigkeit dem Interesse des ruhenden Besitzes und aller Besitz- und Geburtsprivilegien sich das Recht der Arbeit als einziges legitimes Recht gegenüberstellt: auf die Klasse der Lohnarbeiter. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Sozialdemokratie Klassenpartei der Lohnarbeiterschaft und will sie es bleiben, bis sie ihre Mission erfüllt hat.

Alles, was die „Kölnische Zeitung" hiegegen vorbringt, ihr Hinweis auf die nichtproletarischen Führer usw., ist Kampf gegen Windmühlen, trifft nicht den Kern der Sache, so wenig ihre Klagen über die bürgerlichen Mitläufer der Sozialdemokratie etwas fruchten werden. Warum stimmt eine wachsende Zahl bürgerlicher Mitläufer bei Wahlen für die Sozialdemokratie? Weil sie die kräftigste, gegen alle Reaktion am entschiedensten auftretende Partei in Deutschland ist. Und warum ist die Sozialdemokratie die entschiedenste Partei? Weil sie die Partei der entschiedensten Klasse in der heutigen Gesellschaft ist. Darin liegt das Geheimnis ihrer Kraft, ihrer materiellen wie geistigen Stärke, darin das Geheimnis der schnellen Ueberwindung aller theoretischen Differenzen in der Partei. Dieser Klassencharakter der Bewegung und die aus ihm sich ergebenden politischen Grundsätze und Forderungen bilden das einende Band der Sozialdemokratie. Radikale und Gemäßigte, Orthodoxe und Revisionisten fassen den Kampf der Sozialdemokratie vor allem als den politischen Ausdruck, die politische Form des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse auf, für sie alle ist der Kampf der Sozialdemokratie Klassenkampf, die Verwirklichung der Aufgabe, welche die „Kölnische Zeitung" im theoretischen Teil ihrer Artikel so schön gezeichnet hat, wenn sie schrieb: „Die Bildung einer organisierten Proletarierklasse und ihre Führung zum Siege, das sind die bewußten Aufgaben einer sozialistischen Partei." (Seite 39.)

Und wie sollten sie von dieser Auffassung lassen, da sie doch am Beispiel der Parteien der bürgerlichen Linken deutlich sehen, wie sehr das Verlieren des Klassenstandpunktes zur politischen Unsicherheit und Entkräftung, wir dürfen auch sagen, Entmannung führt? Was nimmt den besten unter den Führern dieser Parteien alle Kraft? Daß sie den Glauben an ihr politisches Gefolge verloren haben, daß dieses heute mehr durch Stimmungen als durch große einheitliche Interessen zusammengehalten wird.

Es bleibt also beim Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie, wie es beim Klassenkampf in der Gesellschaft verbleibt, welches auch immer die Formen sein mögen, in denen er sich abspielt. Daß seine Formen im Laufe der Geschichte wechseln, was natürlicher als das? Die „Kölnische Zeitung" will im Tarifvertrag, den die Gewerkschaft mit Fabrikant oder Fabrikantenverein abschließt, eine Abwendung vom Klassenkampf erblicken. Welche rein äußerliche, formale,

am Wesen der Sache vorbeigehende Auffassung. Wir sind durchaus nicht blind gegen die Gefahren, die mit dem Tarifvertrag sowohl für den Klassenkampf der Arbeiter, als auch für die Interessen des Gemeinwesens verbunden sein können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein solcher Tarifvertrag einmal die Wirkung haben mag, daß die Berufsgruppe, die ihn abschließt, die Fühlung mit dem Gros der eigenen Klasse verliert und gemeinsam mit den Unternehmern durch Unterstützung von Preiskonventionen sogar gegen die Interessen der Allgemeinheit sich wendet. Aber solcher Auswuchs kann aus ganz bestimmten Gründen wirtschaftlicher Natur immer nur Ausnahmefall sein. Im allgemeinen, als geschichtliche Erscheinung, ist der Tarifvertrag nur eine Verständigung, den gewerblichen Konflikt, der in seiner Vielheit und steten Erneuerung eine der wirtschaftlichen Grundlagen des großen Klassenkampfes der modernen Gesellschaft bildet, in zivilisierteren Formen auszufechten, als der Streik und die Fabrikrevolte.

Aber selbst die Möglichkeit zugegeben, daß der Tarifvertrag die ihn abschließende Berufsgruppe dem Klassenkampf, d. h. der großen, die allgemeinen gesellschaftlichen Fragen und Interessen voranstellenden Bewegung entfremdet, was würde das beweisen? Es wäre weiter nichts als ein um so stärkerer Beweis für die Notwendigkeit eines Organs des Klassenkampfes, das über die Berufstrennung hinweg die ganze Klasse zusammenhält. Und das ist eben die Sozialdemokratie als politische Partei. In ihr wird das Sonderinteresse der Berufsgruppe ausgelöscht zugunsten der großen allgemeinen Interessen aller auf den Ertrag ihrer Arbeit Angewiesenen, aller Minderberechtigten. Und da die gemeinsamen Interessen dieser Klassen in der modernen Gesellschaft zusammenfallen mit den Bedingungen des Fortschritts auf allen Gebieten des Gesellschaftslebens, können sich der Sozialdemokratie auch alle diejenigen Angehörigen anderer Klassen anschließen, die den sozialen Fortschritt über ihre Klasseninteressen stellen. Das ist eben der Unterschied: der Angehörige der bürgerlichen Klassen muß sich über seine Klasseninteressen erheben, um rückhaltlos für den sozialen Fortschritt eintreten zu können, der moderne Lohnarbeiter und die ihm Gleichgestellten aber brauchen nur ihr Klasseninteresse zu erkennen und zu befolgen, um rückhaltlose Kämpfer für die höchsten Kulturinteressen der Menschheit zu werden. So wird die Sozialdemokratie Kulturpartei, die Erbin und Fortsetzerin alles dessen, was groß und fruchttragend war am großen weltgeschichtlichen Liberalismus, ohne darum aufhören zu müssen, ohne darum aufhören zu können, Klassenpartei zu sein.

Was ist der große Gedanke des alten Liberalismus gewesen? Daß er die Bewegung des Werdenden war, daß er die Bahn frei zu machen suchte für die Entfaltung all der Fortschrittskeime, die sich im Schoße der kreißenden Gesellschaft entwickelten. Bahn frei — ruft heute durch den Mund der Sozialdemokratie die Arbeiterklasse.

Das heißt: fort mit allen politischen Klassenvorrechten! In dem Maße, wie dieser Ruf gehört und erfüllt wird, ist allein die Gewähr für die Evolution der Gesellschaft auf friedlichem, d. h. von gewalttätiger Durchbrechung der Rechtsordnung freiem Wege gegeben.

Die „Kölnische Zeitung" sieht das ein und wagt doch nicht, die vollen Konsequenzen ihrer Erkenntnis zu ziehen. Wie sie den Klassenkampf in der Theorie anerkennt und in der Praxis verwirft, so sehen wir sie, sobald sie auf die Politik der Sozialdemokratie zu sprechen kommt, der Partei unversöhnlichen Krieg ankündigen, solange sie sich nicht der Todsünde entschlage, die aus ihrer theoretischen Grundauffassung und den Bedürfnissen der Arbeiterklasse sich ergebenden Grundsätze und Forderungen konsequent zu vertreten. Von nationalliberaler Seite gerade kein Wunder, indes wollen wir der Kriegserklärung doch einige Worte noch widmen.

---

7. Die Politik der Sozialdemokratie und die soziale Entwicklung.

„Sozialreform, keine Scharfmacherpolitik. Gleichzeitig ist aber auch dem deutschen Volke, das an einem stetigen Fortschritt unseres Wirtschafts- und Kulturlebens arbeiten will, die Pflicht vorgezeichnet, sich in allen Kreisen den verderblichen Charakter der heutigen Sozialdemokratie, solange sie auf dem Standpunkt des Klassenkampfes und des utopistischen Zukunftsstaates steht, zum Bewußtsein zu bringen und mit allen Mitteln der Ueberzeugung, Belehrung und des praktischen Beispiels dahin zu wirken, daß die in dieser Bewegung nutzlos vergeudeten Kräfte sich einer volkswirtschaftlich und deshalb auch politisch-kulturell gesunden und erreichbaren Entwicklung zuwenden."

Mit diesem Satz schließen die Artikel der „Kölnischen Zeitung." Das nationalliberale Blatt kehrt mit ihm zu dem Satz zurück, der im ersten seiner Artikel den Abschnitt über Demokratie und Sozialismus schloß. Die demokratischen Forderungen der Sozialdemokratie, wurde dort ausgeführt, haben „mit Wissenschaft nichts zu tun", sie seien reine politische Zweckmäßigkeitsfragen, Machtfragen mehr oder weniger weitgehender Art, und „können nicht wissenschaftlich widerlegt", sondern „müssen im Kampf der Parteien mit allen Mitteln der politischen Fehde umstritten werden". In diesem Kampfe werde man „der Sozialdemokratie ihr ganzes politisches Sündenregister mit aller nach Temperament und Parteistellung bedingten Schärfe vorhalten können, ihre antinationale und antimonarchische Gesinnung, ihre Gegnerschaft gegen die Grundlagen des modernen Heerwesens, ihre agitatorisch-demagogische Weise des Wahl- und Parlamentskampfes, ihr Versagen bei jeder

positiven staatlichen Mitarbeit, ihre prinzipielle Opposition, und was dergleichen politische Angriffspunkte mehr sind. Hier lautet die Parole: „Politischer Kampf mit allen seinen Mitteln."

Und in diesem Kampfe, heißt es dann wieder im Schlußartikel, dürfe kein Unterschied gemacht werden zwischen der „radikalrevolutionären, klassenkämpferisch-kulturfeindlichen Richtung" und denjenigen Kreisen in der Sozialdemokratie, die diesen „kulturgefährdenden Klassenkampfcharakter abgelegt haben" und der Partei, in der die erstere Richtung vorherrsche, von Rechts wegen den Rücken kehren sollten. Da sie das nicht tun, könne „auch bei ihnen keine Rede von Versöhnung sein, solange ihre Kräfte dazu dienen, die Sozialdemokratie, so wie sie heute noch ist, zu stärken".

Gegen letzteres wird schwerlich einer derjenigen, die die „Kölnische Zeitung" da im Auge hat, etwas einzuwenden haben. Der politische Kampf gilt stets der Partei, nicht der Person. Da heißt es mit Notwendigkeit: gleiche Brüder, gleiche Kappen. Es mag einmal die Zeit kommen, ja, man muß und darf hoffen, daß sie mit Sicherheit kommen wird, wo die Parteilinien nicht mehr so scharf sein werden, daß darüber die persönlichen Wertungen verblassen. Aber davon sind wir einstweilen und gerade in Deutschland noch weit entfernt. Hier ist die Abgrenzung der Parteien in ihrer vollen Schärfe noch unumgängliche Notwendigkeit. Wer das nicht einsieht oder sich dem nicht unterwerfen will, der muß darauf verzichten, Politiker sein zu wollen.

Zu einer verschiedenartigen Bekämpfung der Radikalen und der Gemäßigten in der Sozialdemokratie — um einmal diese so mißleitende Klassifizierung zu gebrauchen — liegt also in der Tat kein Anlaß vor. Was die beiden Richtungen miteinander auszumachen haben, ist eine innere Angelegenheit der Sozialdemokratie, bei der alle Beteiligten die Einmischung von außen gleich entschieden abweisen. Die „Kölnische Zeitung" spricht an einer Stelle von der „Charakterlosigkeit der Führer beider Strömungen", daß ihnen „der Mut fehle, offen die Konsequenzen ihrer theoretischen Differenzen zu ziehen". Wir halten ein Organ des Nationalliberalismus für so ziemlich zuletzt berufen, anderen Mut und Charakter zu predigen; außerdem aber erbringt auch die „Kölnische Zeitung" keinerlei Beweis, daß die von ihr gekennzeichneten theoretischen Auffassungen zu anderen Konsequenzen führen, als wie sie die sozialdemokratischen Vertreter dieser Auffassungen ziehen. Wir sind zufällig darin mit der „Kölnischen Zeitung" einverstanden, daß beim Ziehen der Konsequenzen der Charakter ein gutes Wort mitzusprechen hat. Mit anderen Worten, daß das ethische Empfinden, der Höhegrad des Gefühls für die Pflicht der Wahrheit, sich in der Art kundgibt, wie wir Konsequenzen ziehen. Der inkonsequent denkende Mensch ist auch der sittlich minderwertige Mensch, vom inkonsequent handelnden Menschen erst gar nicht zu reden. Aber was konsequent ist, sagt

uns nicht das ethische, sondern das logische Denken. Bleiben wir also bei diesem und prüfen wir die Einwände der „Kölnischen Zeitung" wider die Politik der Sozialdemokratie auf ihren logischen Wert. Wie steht es mit der politischen Logik der Kölnerin?

Die „Kölnische Zeitung" anerkennt theoretisch die zunehmende „Proletarisierung der Gesellschaft". Sie gibt zu, daß die Zahl der um Lohn Arbeitenden beständig wächst und daß außerdem auch die kleinen Unternehmungen immer mehr proletarisiert werden, d. h. in Abhängigkeit vom Kapital geraten. Können nun, fragen wir, in einem Gemeinwesen mit einer derartigen Entwicklung die demokratischen Forderungen noch „reine Zweckmäßigkeitsfragen" sein, wie es die „Kölnische Zeitung" haben will? O nein, sie werden zu notwendigen Folgerungen dieser Entwicklung. Begriffsmäßig hat dies Lassalle, der immer groß war, wo es aus der reinen Logik zu entwickeln galt, in seinen verschiedenen Schriften — Arbeiterprogramm, Verfassungswesen usw. — mit unübertrefflicher Schärfe darlegt, praktisch zeigt es sich uns auf Schritt und Tritt an den Erfahrungen der Politik der verschiedenen Staaten. Auch ohne demokratische Rechte würde natürlich die Arbeiterklasse in Ländern moderner Entwicklung durch ihre bloße revolutionäre Stoßkraft den herrschenden Gewalten allerhand wirtschaftspolitische Reformen abringen. Aber selbst das wäre, geschichtsphilosophisch betrachtet, demokratische Wirkung. Nur wäre es unorganische und infolgedessen unsystematische und unzuverlässige Wirkung. Die „Kölnische Zeitung" zitiert Bismarcks Wort, daß ohne die Sozialdemokratie und die Furcht vieler vor ihr sogar die in der Sozialreform erzielten mäßigen Fortschritte nicht zustande gekommen wären. Man kann aber weiter gehen und sagen, daß sie, selbst bei Vorhandensein der Sozialdemokratie, nicht gewesen wären, wenn das allgemeine Wahlrecht nicht gewesen wäre. Man braucht sich nur der großen Widerstände zu erinnern, die zu überwinden waren, ehe die Bismarcksche Versicherungsgesetzgebung leidlich unter Dach und Fach gebracht wurde, deren sozialpolitische Tragweite Bismark freilich so wenig überblickte, wie er die des allgemeinen Wahlrechts erkannt hatte. Eben weil ihm das alles bloß „Zweckmäßigkeitsfragen" waren.

Heute stehen die Dinge so, daß, wenn in Deutschland das allgemeine Wahlrecht verschwände, es auch mit der deutschen Sozialreform Matthäi am letzten wäre. Werden doch schon jetzt die Stimmen derer immer lauter, die zur Rückwärtsrevision der Arbeitsgesetzgebung drängen. Wer noch an der Notwendigkeit des allgemeinen Wahlrechtes als Hebel sozialer Reformen zweifelt, der frage in den Kreisen solcher Sozialpolitiker herum, die zwar im bürgerlichen Lager stehen, aber es mit der Sozialreform ernst meinen. Er wird den mit der Laterne suchen können, der ihm nicht antworten wird: „Ja, ohne allgemeines Wahlrecht können wir nichts mehr. Wenn das

verschwindet, dann können wir einpacken." Die Demokratie ist heute das vornehmste Problem, sie ist aber auch zugleich die fundamentalste Grundlage aller Sozialreform. Das hatte der letzte große liberale Staatsmann Englands, Gladstone, so gut begriffen, daß er 1892 in seinem Wahlkreis Midlothian einem Sozialisten, der ihm in einer Wahlversammlung zurief: „Wir wollen keine politischen, wir wollen soziale Reformen", zur Antwort gab: „Lieber Herr, ich kenne keine sozialere Reform als die Wahlreform."

In einem Lande mit unentwickelter Arbeiterschaft kann die Demokratie ziemlich lange fortschrittsfeindlich, kulturschädlich sein, in einem Industrielande mit starker, zum Bewußtsein ihrer sozialen Bedeutung gelangter Arbeiterschaft ist sie der wirksamste Kulturhebel!

Was ist denn Kultur? Die Erhebung der Menschheit zu immer stärkerer Beherrschung der Natur, die Erhebung der Menschheit zu immer stärkerer Entfaltung und Beherrschung ihrer Wirtschaft, die Erhebung der Menschheit zu immer reicherer Gestaltung und immer stärkerer Wertung des Menschenlebens. Keine Klasse ist an diesen Aufgaben so stark interessiert, wie die Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse braucht die demokratischen Rechte, um ihren Einfluß auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Einrichtungen direkt und andauernd geltend machen zu können. Wenn die „Kölnische Zeitung" die demokratischen Forderungen der Sozialdemokratie „Machtfragen" nennt, so mag sie, politisch betrachtet, recht haben. Aber sie rechtfertigt damit gerade zugleich den Satz, daß der Kampf der Sozialdemokratie notwendig ein Klassenkampf ist.

Und wie steht es danach mit dem politischen Sündenregister, das die „Kölnische Zeitung" der Sozialdemokratie unter die Nase gerieben haben will? Da hören wir zunächst den alten, oft aufgetischten Vorwurf der „antinationalen Gesinnung". Wollten wir es uns bequem machen, so könnten wir ihn mit dem Hinweis darauf abtun, daß die Sozialdemokratie niemals ihre Internationalität in dem Sinne aufgefaßt und betätigt habe, als ob international sein antinational sein bedeute. Indes wollen wir der „Kölnischen Zeitung" ein Stück entgegenkommen. Gewiß, die Sozialdemokratie ist nicht „national" im Sinne der „Kölnischen Zeitung", aber der Begriff national ist auch nicht an die Auslegung gebunden, die ihm zu irgendeiner Zeit und von irgendeiner Partei gegeben wird. Die „Kölnische Zeitung" zum Beispiel, so „national" sie ist, ist es doch erheblich anders, als zum Beispiel die „Kölnische Volkszeitung", oder etwa die agrarische „Deutsche Tageszeitung". Das wird sie uns wohl selbst einräumen. Wohlan, die Sozialdemokratie wiederum ist ebenfalls auf ihre Weise national, und sie darf für sich beanspruchen, daß ihre Art, national zu sein, nämlich in dem Sinne, daß sie das Recht jedes Kulturvolkes auf Selbstregierung und

ein eigenes nationales Leben soweit anerkennt, als dies im Zeitalter des unablässig steigenden Weltverkehrs möglich und mit den gemeinsamen Interessen aller Völker vereinbar ist, daß diese Auffassung in vollster Uebereinstimmung ist mit allen kulturfördernden Tendenzen der Gegenwart. Wohingegen, wie dies deren Stellung zu Militarismus und Marinismus beweist, die Gattungen Nationalismus der „Kölnischen Zeitung", der „Kölnischen Volkszeitung", der „Deutschen Tageszeitung" sämtlich mit zeit- und kulturwidrigen Tendenzen mehr oder minder stark behaftet sind. Will man sich dies recht deutlich vergegenwärtigen, so werfe man einen Blick in das soeben erschienene Buch „Annuaire de la Vie Internationale" von Alfred H. Fried*). Wenn man dort sieht, wie dicht verzweigt und reich entwickelt das internationale Leben heute ist, dann wird man erst so recht inne, wie rückständig und kulturwidrig neun Zehntel von dem sind, was sich heute politisch als spezifisch „national" gibt.

Zum zweiten ist nach der „Kölnischen" die Sozialdemokratie im höchsten Grade zu tadeln, weil sie „antimonarchisch" ist. Ein Vorwurf, der genau so viel wert ist, wie es der Vorwurf wäre, daß die Sozialdemokratie antifeudal, antikapitalistisch, antiklerikal, kurz, daß sie — sozialdemokratisch ist. Die Monarchie ist ein geschichtliches Erbstück aus einer Zeit, wo die Völker als unmündig betrachtet und behandelt wurden. Eine Partei, die auf dem Standpunkt der Selbstregierung der Völker steht, kann niemals prinzipiell monarchistisch sein, sie kann sich höchstens zeitweise mit der monarchischen Regierungsform als einem bestehenden und von der Volksmehrheit gewollten Institut abfinden. Aber auch das ist nur dort möglich, wo die Monarchie nicht der Demokratisierung der Grundbedingungen des politischen Lebens hemmend im Wege steht, wo sie nicht mit antidemokratischen Klassen und Einrichtungen solidarisch verbunden ist. Eine unbedingte Anerkennung der Monarchie vorschreiben kann nur, wer an den persönlichen Bibelgott und die Einsetzung der Monarchie durch diesen glaubt. Ist die „Kölnische Zeitung" schon so weit? Dann geh' in ein Kloster, Ophelia! Uebrigens war der Bibelgott, wie das Buch Samuelis zeigt, im Grunde seines Herzens Republikaner, und selbst Christus höchstens Monarchist aus Opportunismus. „Gebet dem Kaiser was des Kaisers ist. Aber was ist „des Kaisers"?

Kommt die „Gegnerschaft gegen die Grundlagen des modernen Heerwesens". Die Grundlagen des modernen Heerwesens sind zwiespältig; auf der einen Seite demokratisch: die Allgemeinheit der Dienstpflicht, auf der anderen absoluti-

*) Das inzwischen in zweiter Auflage erschienene deutsche Buch desselben Verfassers „Handbuch der Friedensbewegung" (Leipzig 1911, Reichenbach) bietet in seinem Abschnitt „Die realen Grundlagen der Friedensbewegung" eine sehr lesenswerte Zusammenstellung der hierfür in Betracht kommenden Tatsachen. (Note zur dritten Auflage.)

stisch-feudalistisch: die Heeresverfassung mit dem Institut der Einjährigen, der Sonderstellung des Offizierskorps, der Vereidigung des Heeres auf den Monarchen statt auf das Grundgesetz des Volkes und seine Vertreter. Zur Gegnerschaft gegen die letzteren Grundlagen des Heerwesens bekennt die Sozialdemokratie sich gern, und sie wird sie auch stets bekämpfen, wie sie die erstere so lange hochhalten wird, solange überhaupt die Nationen mit der Möglichkeit von Kriegen zu rechnen haben.

Und was heißt schließlich „Versagen bei jeder positiven staatlichen Mitarbeit" und „prinzipielle Opposition"? Muß nicht eine Partei, die ein anderes Grundprinzip des Staatswesens vertritt, als wie die Regierung und die hinter dieser stehende Mehrheit, „prinzipielle Opposition" machen? In Ländern wirklich parlamentarischen Lebens würde kein Mensch daran Anstoß nehmen, sondern es als selbstverständlich betrachten, wenn eine solche Partei sich, wie die Sozialdemokratie, zu „positiver staatlicher Mitarbeit" nur da versteht, wo diese mit ihrem Prinzip in Einklang steht. Aber in Deutschland mit seinem Parlamentarismus, der von Regierungs Gnaden lebt, statt daß die Regierung von Volksvertretungs Gnaden lebte, sieht man schon etwas ganz Unerhörtes darin, daß eine Partei sich nicht politisch selbst entmannt.

In der Tat, worauf laufen alle die politischen Vorhalte der „Kölnischen Zeitung" hinaus? Daß die Sozialdemokratie in allen Fragen des politischen Lebens ihre Stellungnahme konsequent gemäß ihrer Grundauffassung vom staatlichen und sozialen Leben bestimmt. Daß die Kölnerin mit diesem Vorhalte — die „agitatorisch-demagogische Weise des Wahl- und Parlamentskampfes" schenken wir ihr — auf überzeugte Sozialdemokraten unmöglich Eindruck machen kann, wird sie sich wohl selbst sagen. Indes sie täuscht sich auch, wenn sie annimmt, daß sie bei den Mitläufern der Sozialdemokratie damit irgendwie nennenswerte Geschäfte machen wird. Wohl zeigt sich ihr „schon am politischen Horizont der Hoffnungsschimmer, daß alle jene Elemente, die teils ihrer wirtschaftlichen Stellung nach, teils wegen ihrer theoretischen Ueberzeugung niemals der Arbeiterklassenpartei angehören sollten, zu der Erkenntnis ihres Irrweges und zu dem Mut der offenen Betätigung ihrer Ueberzeugung kommen". Aber sie wagt eben nur erst ganz leise auf diese Umkehr zu hoffen, und wir würden ihr auch nicht raten, selbst nur den kleinsten Einsatz auf diese Möglichkeit zu riskieren. Denn was hat bisher das stärkste Zugmittel gebildet, das Mitläufer an die Sozialdemokratie heranzog? Gerade der Umstand, daß sie in der Politik den Mut der Konsequenz hat. Jeder Agitator der Partei wird der „Kölnischen" das bestätigen.

Hätten wir in Deutschland einen wirklichen Parlamentarismus und eine leistungsfähige radikale bürgerliche Opposition, so wäre es immerhin denkbar, daß diese letztere einmal der Sozialdemokratie Mit-

läufer in nennenswerter Zahl abspenstig machen könnte. Aber da wir weder das eine noch das andere haben, wäre jede Spekulation darauf verfehlt. Was wollen die paar Rückschläge besagen, die auf den drei Millionensieg vom 16. Juni 1903 gefolgt sind? Wenn die Gegner der Sozialdemokratie ehrlich gegen sich selbst sein wollen, so müssen sie sich selbst sagen, daß nicht diese Rückschläge bemerkenswert sind, sondern nur der Umstand, daß sie nicht viel größer gewesen sind, als sie wirklich waren.*)

Die Sozialdemokratie wird auch in Zukunft weiter wachsen, dessen darf man gewiß sein. Keine wirtschaftliche Erscheinung, keine politische Tatsache deutet darauf hin, daß es anders kommen sollte. Die Industrialisierungs Deutschlands macht unausgesetzt weitere Fortschritte, die Politik des Reiches, das Zunehmen des persönlichen Regiments, schaffen immer mehr Stoff zur Unzufriedenheit. Wie wird sich unter diesen Umständen die nächste Zukunft gestalten? Welcher Entwicklung gehen wir entgegen?

Zwei Wege sind möglich. Zunächst ist es nicht ausgeschlossen, daß nach einem neuen, größeren Wahlsieg der Sozialdemokratie in den maßgebenden Kreisen des Reichs die Scharfmacher die Oberhand bekommen und man dazu übergeht, mittels eines parlamentarischen oder unparlamentarischen Staatsstreiches das Reichstagswahlrecht zu vernichten. Das würde Deutschland auf den Weg der gewalttätigen Revolution bringen. Auf die Revolution von oben ist noch überall die von unten gefolgt.

Der zweite Weg wäre der, daß man trotz alledem das Wahlrecht fortbestehen ließe. Dann würden aber auch in Reich, Staat und Gemeinden neue Zugeständnisse an die demokratischen und sozialistischen Forderungen an die Arbeiterklasse unvermeidlich werden. Unter der gegebenen Voraussetzung eines neuen großen Wahlsieges würde zum Beispiel das Dreiklassenwahlsystem in Preußen unrettbar zusammenbrechen. Die Zahlen der letzten Landtagswahl, die ja im wesentlichen für die Sozialdemokratie nur erst eine Probe war, sprechen in dieser Hinsicht eine sehr deutliche Sprache.

Ein Fortschritt in der Demokratisierung unseres politischen Lebens wäre unabwendbar. Namentlich wenn in Rußland das zarische System weitere Schläge erhalten haben wird. Für unsere Reaktionäre keine sehr angenehme Perspektive. Unsere Regierungen aber und diejenigen Parteien, die der Reaktion nicht verschworen sind, werden sich auf sie einrichten müssen, wenn sie nicht den erstbezeichneten Weg riskieren wollen. Unter diesen Umständen handeln sie nur vernünftig, wenn sie sich über Wesen und Absichten der Sozialdemokratie immer genauer zu orientieren suchen.

---

*) Daß die Stimmenzahl der Sozialdemokraten, seitdem das Obige geschrieben wurde, die vierte Million überschritten hat, daß die Zahl ihrer eingeschriebenen Mitglieder über eine Million beträgt, sei nur der Vollständigkeit halber hinzugesetzt. (Note zur dritten Auflage.)

Trotz aller Mängel, die wir an ihnen zu rügen hatten, sind die Artikel der „Kölnischen Zeitung" ein anerkennenswerter Anlauf dazu. Ihre Angriffe auf uns nehmen wir nicht tragisch. Nur eines hätte das Organ der rheinischen Bourgeoisie sich sparen können: das Gruseligmachen mit dem „utopistischen Zukunftsstaat". Das paßt nicht zu seinem Ruf: „Keine Scharfmacherei". Wer eine freie Entwicklung will, muß an sie zu glauben suchen. Und das ist in diesem Falle nicht so schwer. Je freier die Arbeiterklasse sich entwickelt, um so sicherer wird sie es lernen, Maßnahmen zu vermeiden, die das Wirtschaftsleben der Gesamtheit zu Schaden bringen. Die „Kölnische Zeitung" hat den besten Beweis an der von ihr betonten Entwicklung des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens. Würde sie ohne die trübe Brille der Partei die Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Parlamenten und Gemeinden näher untersucht haben, so würde sie zu keinem anderen Resultat gelangt sein. Damit soll natürlich nicht die Absicht zu radikalen Maßregeln abgeschworen sein. Nicht das Radikale ist das Verwerfliche, sondern das Volkswirtschaftswidrige, und die Erziehung durch die Praxis hat vor allem den Wert, daß sie das letztere vermeiden lehrt. Im übrigen aber kann in einer Zeit, wo das Kapital täglich expropriiert, wo keiner Existenz eine Träne nachgeweint wird, die durch die Konkurrenz der Großen und ganz Großen zerstört wird, wo in der Industrie mit rücksichtsloser Energie nach dem Worte Nietzsches gehandelt wird: wer da schwach ist, dem soll man einen Stoß geben, auf daß er ganz falle; wo ein Kirdorf in der Kartellenquête auf die Klagen der Halbzeuginduſtriellen, daß ihnen durch die Politik des Stahlwerksverbandes das Leben abgeschnitten werde, kühl antwortet: „Unser Weg geht auch über Leichen", es kann in dieser Zeit der Gedanke an die Expropriation derer, die gar keine wirtschaftliche Funktion mehr erfüllen, umsoweniger unerhört erscheinen, als erfahrungsgemäß von allen Methoden der Expropriation die Expropriation auf Grund gesetzlicher Verfügung noch immer die humanste gewesen ist.

* * *

Wie wird sich die soziale Entwicklung bei fortschreitender Industrialisierung der Bevölkerung unter Wegfall aller Klassenvorrechte im Wahlrecht zur Reichs-, Staats-, Provinz-, Kreis und Gemeindevertretung vollziehen? Durch Entsendung von immer mehr eigenen Vertretern in diese Körperschaften und ihren sonst zunehmenden Einfluß auf sie wird die Arbeiterklasse unzweifelhaft eine ganze Reihe tiefgreifender wirtschafts- und sozialpolitischer Maßregeln erwirken; vor allem eine weitgehende Gemeindeautonomie, ein radikales Enteignungsgesetz, stark progressive Einkommens- und Erbschaftssteuern, wirksamen Schutz des Koalitionsrechtes usw., und auf Grund dieser gesetzlichen Institutionen wird sie Monopolbetriebe teils verstaatlichen, teils kommunalisieren, die Bodenrente, soweit sie nicht durch verkehrspolitische

Maßnahmen beseitigt werden kann, teils durch Enteignung von Grund und Boden, und teils durch entsprechende Steuern der Allgemeinheit zuführen, selbständig öffentliche Dienste organisieren, erhöhte Mindestlöhne durchsetzen, den Arbeitstag verkürzen, das Arbeitsrecht (durch Demokratisierung des Arbeitsnachweises, Festsetzung von Normativbestimmungen für die Arbeitsordnung, Arbeitsverteilung und Arbeitsaufkündigung) ausbilden und ähnliches mehr. Nicht alle diese Maßregeln werden sofort das erwartete Resultat ergeben und bei mancher wird es zuerst nicht ohne Fehlgriff abgehen; aber auf die Dauer kann die Wirkung doch nur die sein, das wirtschaftliche und kulturelle Niveau der Arbeiterklasse sehr bedeutend zu heben. Die Produktion für den Luxus der Krösusse wird immer mehr nachlassen, die Produktion für den Luxus der breiten Masse der Bevölkerung immer mehr zunehmen. Eine allgemeine Unterbrechung oder gar ein erheblicher Rückgang der Produktion infolge nachlassender Nachfrage würde dagegen durch diese Maßregeln bis soweit nicht verursacht werden, es fände nur Verschiebung der Nachfrage bzw. der Absatzmöglichkeiten statt.

Würde aber nicht die Produktion infolge verminderter Leistungen der Arbeiter, infolge mangelnden oder geschwächten Antriebs zur Arbeit, infolge mangelnder Disziplin bzw. um sich greifender Schlamperei in der Arbeit und damit verbundener Ertötung der Unternehmungslust erhebliche Einbuße erleiden? Unzweifelhaft liegt hier ein Problem, dem ernsthaft ins Auge gesehen werden muß. Bei der großen Arbeits- und Arbeitszeitverschwendung, die heute für kulturwidrige Zwecke oder als Folge unsinniger Wirtschaftsorganisation stattfindet, ist unter Voraussetzung besserer Organisation der Wirtschaft sicher ein beträchtlicher Nachlaß der Arbeitsleistung der einzelnen möglich, ohne daß deshalb der Wohlstand der Gesamtheit eine Minderung zu erfahren brauchte bzw. nicht noch ein Fortschritt möglich sein sollte. Man denke nur an den relativen Wohlstand, der bei so unendlich geringerer Produktivkraft der Arbeit zeitweise im Mittelalter herrschte. Indes eine Grenze gibt es auch hier, zumal unsere Zeit viele Kulturbedürfnisse hat, die das Mittelalter nicht kannte, und es nicht Sache des Sozialismus sein kann, die Kulturbedürfnisse zu verringern. Das Problem des Arbeitsantriebs und der Arbeitsdisziplin wird also zu lösen sein, und zwar zu lösen auf einer Gesellschaftsstufe, die noch kein sozialistischer Zukunftsstaat ist, sondern dem Gegenwartsstaat noch ziemlich ähnlich sehen wird. Denn ob wir uns die Entwicklung zum Sozialismus friedlich oder revolutionär vorstellen, so bleibt doch der Gedanke, daß sich in einer kurzen Spanne Zeit aus der bürgerlichen in eine völlig kommunistische Gesellschaft mit ganz veränderter Physiognomie der Wirtschaft und Psychologie der Menschen hinübergelangen ließe, eine in die Utopie zu verweisende Spekulation. Selbst die radikalste Revolution könnte bei der gegebenen Struktur der Gesellschaft kein einheitliches Kollektiveigentum schaffen, sondern würde zu einem großen Teil nur einen

Wechsel in den Personen oder Gruppen der Eigentümer herbeiführen. Gerade bei einer solchen würde aus der Anarchie mit Notwendigkeit ein neues Eigentum hervorgehen, das, ob es nun solches von Individuen oder von Gruppen wäre, sich mit derjenigen Kraft zu behaupten suchen würde, die allem in Revolutionen erzeugten Eigentum eigen zu sein pflegt. Und soferne nicht dieses neue Eigentum zunächst eine Reaktion herbeiführte, erstünde alsbald dasselbe Arbeitsproblem, das oben gekennzeichnet wurde.

Daß dieses Arbeitsproblem gelöst werden *kann*, steht außer Frage. Es kann aber auch als unzweifelhaft bezeichnet werden, daß die Lösung um so sicherer gefunden, um so schneller ins Werk gesetzt, mit um so geringerem Nachteil für den Gesamtwohlstand erkauft werden wird, je mehr die soziale Umgestaltung sich in stetiger organischer Entwicklung vollzieht. Dann werden die öffentlichen Organe der Arbeiterschaft auf der anderen Seite zugleich die Möglichkeit und die Kraft haben, dem Wege der Erfahrung folgend ihre Maßnahmen so zu treffen, daß mit dem größten sozialen Nutzen jeweilig das möglichst geringe soziale Risiko verbunden ist. Die Menschheit ist heute in den vorgeschrittenen Kulturländern auf einer Stufe der Entwicklung angelangt, wo sie der gewalttätigen Revolutionen entbehren kann, sofern sie nur durch die Wegräumung aller politischen Privilegien freie Bahn gewonnen hat für die durch Organisation und Gesetz sich vollziehende Revolution. Das eben ist der Sinn der Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens, die, wie hier gezeigt, für alle Beteiligten der sicherste und darum auch der beste Weg des Emporstiegs zu höherer Kultur ist.

Im Verlage von **G. Birk & Co. m. b. H.**, Buchdruckerei und Verlagsanstalt in München, Altheimereck 19, erschien u. a.:

Wilhelm Blos: Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten. Erster Band. 300 Seiten in Leder gebunden Mk. 4.50. Broschiert Mk. 3.—.

Julius C. Brunner: Rechtsprechung und Kunst. Ein Protest gegen die Zensur. Mit 12 Mattdruckbildern. Mk. 1.20.

Dr. Fritz Brupbacher: Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der internationalen Arbeiterassoziation. 300 Seiten Preis Mk. 3.—.

— — **Kindersegen und kein Ende?** 50 Seiten in 8° Format. 30 Pfg.

Franz Kleemann: Erfindungen und Gefahren für Erfinder. Die Ursachen der vielen Mißerfolge auf dem Patentgebiet. 68 Seiten. Mk. 1.—.

Münchener Taschenbuch mit einem Pharus-Stadtplan. 40 Pfg.

Georg Büchner: Dramatische Werke. Mit Erläuterungen von Rudolf Franz. Preis 1 Mk.

— — **Danton's Tod.** Für die Bühne eingerichtet von Rudolf Franz (den Bühnen gegenüber als Manuskript gedruckt). Preis 50 Pfg.

Arno Hoffmann: Hinter den Kulissen. Enthüllungen aus dem Bühnenleben. (164 Seiten.) Preis 50 Pfg.

Arthur Schulz: Oekonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland. Ein Versuch, die Autonomieforderung der süddeutschen sozialdemokratischen Landesorganisationen theoretisch zu begründen. (96 Seiten.) Preis 60 Pfg.

Wilhelm Schröder: Das persönliche Regiment. Reden und sonstige öffentliche Aeußerungen Wilhelms II. (208 Seiten.) Preis 50 Pfg.

— — **Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863—1909.** (600 Seiten.) In Leinen gebunden 7 Mk., auch in 19 Lieferungen à 30 Pfg., Einbanddecke 75 Pfg

G. v. Vollmar: Die innerpolitischen Zustände des Deutschen Reiches und die Sozialdemokratie. (20 Seiten.) Preis 20 Pfg.

August Müller: Arbeiter-Sekretariate und Arbeiterversicherung in Deutschland. (184 Seiten.) Preis 2 Mk.

Dr. R. Böhme: Der Tyrannenmord nach der Lehre der katholischen Kirche. Preis 50 Pfg.

Bericht über den III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands mit Beifügung des Partei-Statuts und der wichtigsten Resolutionen, die auf dem III. Parteitag angenommen wurden. (24 Seiten.) Preis 20 Pfg.

Schiller und die Volksideale. Festrede von **Robert Seidel**, gehalten an der Schillerfeier in Köln am 6. Mai 1905. Preis 20 Pfg.

Robert Albert: Kaiseradressen! Nebst einem Anhang: **Kruppscher Wohltätigkeitsschwindel.** Ein Beitrag zum Fall Krupp. (62 S.) Preis 20 Pfg.

Paul Kampffmeyer: Wandlungen in der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie. (104 Seiten). Preis 75 Pfg.

Die Sozialdemokratie im Münchener Rathaus. Handbuch für Gemeindewähler. Von 1908 (112 Seiten.) Preis 1.30 Mk.
Von 1905 (128 Seiten.) Preis 75 Pfg.

E. Auer: Gründet Ortskrankenkassen. Ein Beitrag zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. (52 Seiten). Preis 30 Pfg.

Max Kratzsch: Der Kampf des Münchener Tonkünstler-Orchesters und seine Bedeutung für die deutschen Musiker. (64 S.) Preis 60 Pfg.

Dr. Franz Roberts: Die Schlaftänzerin Madeleine G. Ein Protest gegen den Mißbrauch der Wissenschaft. (24 Seiten.) Preis 20 Pfg

Bruno Schmitt: Notleidende Agrarier. (48 Seiten.) Preis 40 Pfg

Emil Felden, Pastor prim. an St. Martini-Bremen: **Kirche, Religion und Sozialdemokratie.** (39 Seiten.) Preis 30 Pfg.

Dr. phil. Siegfried Eckart: Warum ich kein Sozialdemokrat bin! Eine politische Satyre ersten Ranges. (53 Seiten.) Preis 50 Pfg.

Rud. Franz: Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt. Mit zahlreichen Bildern von R. Pfeiffer. (99 Seiten.) Preis Mk. 1.—.

— **Abrechnung.** Politische Versfußtritte, reich illustriert. (83 Seiten.) Preis Mk. 1 —.

Aug. Zeh: Die Lösung des modernen Theaterproblems. (33 Seiten.) Preis 50 Pfg.

Hannes Pyszka: Bergarbeiterbevölkerung und Fruchtbarkeit. Eine Studie der Bevölkerungsbewegung der deutschen Bergarbeiterbevölkerung mit Tabellenanhang. Preis Mk. 3.—.

L. Isenheim: Streik. Reich illustrierter Roman aus dem gegenwärtigen Klassenkampfe. (190 Seiten.) Gebunden Mk. 2.50, auch in 6 Lieferungen à 30 Pfg. Einbanddecke 75 Pfg.

Süddeutsche Volksbücher: Heft 1. **Paul Kampffmeyer: Weltanschauung und Sozialdemokratie.** (62 Seiten.)

Heft 2: **Paul Kampffmeyer: Sozialdemokratie und Kirchentum.** (54 S.)

Heft 3: **Lothar Engelbert Schücking: Das Elend der preußischen Verwaltung.** (64 Seiten.)

Heft 4: **Peter Schmittler: Soll mein Sohn Lehrer werden?** (56 Seiten.)

Heft 5: **Rudolf Franz: Theater und Volk,** nebst einem Anhange „Die Debatten des sozialdemokratischen Parteitages in Gotha 1896 über Kunst und Proletariat". (40 Seiten.)

Preis jedes Heftes 40 Pfg.

Druck von G. Birk & Co. m. b. H., München.

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 122885392